:antifaschistische nachrichten

Nr. 4

g 3336 14.2.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €



Technisches KO in der Vorrunde

von Ulla Jelpke, MdB

Das Verbotsverfahren gegen die NPD, von der rot-grünen Bundesregierung zum symbolhaften Höhepunkt ihres „Aufstands der Anständigen" gegen Rechtsextremismus erklärt, in Wirklichkeit schon lange zum mageren Rest eines schon wieder eingestellten „Aufstands" geworden, ist durch die an Betrug grenzenden Machenschaften der Verfassungsschutzämter und das dilettantische Agieren Schilys, der die Dienste auf Teufel komm raus schützen will, in eine schwere Krise geraten.

Das Verfassungsgericht hat richtig reagiert, als es die mündliche Verhandlung nach Auffliegen des Zeugen Frenz und seiner 36 Jahre währenden Spitzeltätigkeit für die Dienste aussetzte. Dass die VS-Ämter in Bund und Länder überhaupt gewagt haben, das Gericht und auch den Bundestag monatelang über diese wichtige Tatsache im Unklaren zu lassen, zu täuschen, ist ungeheuerlich und zeigt wieder einmal: Diese Dienste sind ein Fremdkörper in der Demokratie. Ihr Geschäft besteht im Lügen und Betrügen. Offensichtlich haben sie dabei selbst vor obersten Verfassungsorganen keinen Respekt. Sie betrachten sich als Staat im Staat und lassen sich von niemandem in die Karten gucken. Sie gehören abgeschafft.

Im Kalten Krieg entstanden, haben Verfassungsschutz und V-Leute der Rechten „traditionell" ein Verhältnis zueinander wie alte Kameraden. Beide Seiten sehen eine Zusammenarbeit nicht als Tabubruch. Der VS sah in den Rechten schon immer weniger den politischen Gegner als den Partner im Geiste. Diese Grundstruktur ist bis heute geblieben. Das ist für mich auch der Grund, warum alle VS-Ämter und alle Innenminister jetzt „schutzwürdige Interessen" der V-Leute vorschieben, um zu verhindern, dass ihr Netz auffliegt. Diese Nazis haben für mich keine „schutzwürdigen Interessen". „Schutzwürdige Interessen" haben die Opfer der Neonazis. Diese aber werden durch die Vorgänge der letzten Tage erneut mit Füßen getreten.

Der V-Leute-Skandal verweist auch auf ein weiteres strukturelles Problem: Die Dienste haben ein Eigeninteresse an der Geheimhaltung ihrer Verbindungen in die NPD. Mit dem Preisgeben ihrer Quellen würden sie einen wesentlichen Teil ihrer Existenzberechtigung aufgeben. Selbst die Innenminister wissen nicht genau, wem ihre Ämter in der NPD alles vertrauen und was da noch kommen kann. Dennoch wollen Schily, Beckstein & Co dieses Netz nicht offenlegen. Stattdessen legitimieren sie das Führen von hohen NPD-Funktionären als V-Leute, behaupten frech, dass diese V-Leute weder die Partei maßgeblich beeinflusst haben noch an Straftaten beteiligt waren. All das sei außerdem unwichtig, nebensächlich, „Kleinigkeiten", Hysterie.

Pure Heuchelei ist auch das Verhalten der CDU/CSU. Im Herbst 2000, bei Beginn des Verfahrens, konnte Beckstein gar nicht genug V-Leute-Aussagen in die Klageschriften hineinkriegen. Auf seinen Druck wurde damals in SPD und CDU/CSU über eine „Lex-NPD", eine Änderung des G-10-Gesetzes debattiert, damit V-Leute im Verfahren auftreten können. Ich habe das schon damals strikt abgelehnt – offensichtlich zu Recht.

Die gründliche Überarbeitung der Antragsschriften, die Streichung aller V-Leute-Aussagen, ist die einzige Möglichkeit, das Verbotsverfahren nicht weiter zu gefährden.

Doch solange die Antragsteller Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung nicht volle Kenntnis über das gesamte V-Leute-Netz in der NPD bekommen, ist dies unmöglich. Schily, Beckstein und die anderen Innenminister aber mauern weiter und bringen so das gesamte Verfahren in Gefahr.

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:

Ich teile die Sorge von vielen, dass das Verbotsverfahren durch den V-Leute-Skandal und das Agieren von Schily und den anderen VS-Ämtern und Innenministern am Ende sogar scheitern kann. In der Sache aber ist ein Verbot der NPD weiter vollauf berechtigt und gut begründet. Es ist zur Genüge belegt, dass die NPD eine verfassungsfeindliche, gewalttätige, aggressive und in ihrem Antisemitismus und Rassismus zutiefst menschenverachtende Partei ist. AntifaschistInnen haben dies in der Vergangenheit zweifelsfrei belegt. Daher mein Appell: Die antifaschistische Öffentlichkeit muss sich äußern! Schließlich hat das Gericht die Möglichkeit, auch selbst Sachverhalte aufzuklären und andere Zeugen zu laden.

Ulla Jelpke
Berlin, den 7.2.2002 ■



Zwei der drei vom Gericht für die Verhandlung bestellten Gutachter gelten als äußerst umstritten, da ihnen selbst ein unkritisches Verhältnis zu rechten Positionen nachgesagt wird: Eckhard Jesse und Uwe Backes.

Den Bock zum Gärtner gemacht

Vom Bundesverfassungsgericht im NPD-Verbotsverfahren bestellte Gutachter sind umstritten

So bagatellisierte Eckhard Jesse (Jg. 1948), Professor für Politologie an der Technischen Universität Chemnitz, jüngst unverhohlen rechtsextreme Umtriebe in Deutschland.

Wer die „Existenz ‚national befreiter Zonen' behauptet, schreibt Jesse, „wertet die Propaganda des gewaltbereiten Rechtsextremismus auf." Jese wandte sich mit seiner Aussage gegen eine Jury von Sprachwissenschaftlern, die „national befreite Zonen" zum Unwort des Jahres 2000 erklärt hatten. Der Begriff, so die Sprachwissenschaftler, beschreibe auf zynische Weise Gebiete in den östlichen Bundesländern, die von Rechtsextremisten terrorisiert werden. Weniger zimperlich geht Jesse stattdessen mit Antifaschisten ins Gericht. Diese verdienen seiner Auffassung nach „gesellschaftliche Ächtung".

Erschienen ist der Jesse-Aufsatz peinlicherweise in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte", der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird.

Ebenfalls Autor in dieser Ausgabe – vom 9. Novemeber (!) 2001 – ist Uwe Backes (Jg. 1960), stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden (HAIT). Er lamentiert über eine angeblich in Deutschland verbreitete „Hypersensibilität gegenüber allen Anflügen nationalistischen Denkens". Backes geriet zur Jahreswende 1999/2000 in die Schlagzeilen, als er einen HAIT Mitarbeiter verteidigte, der in einem Aufsatz die moralische Rechtmäßigkeit des Hitler-Attentats von Georg Elser im Münchner Bürgerbräukeller 1939 in Frage gestellt hatte. Das HAIT, schrieb daraufhin Der Spiegel, „steht mancherorts in Verdacht, sich zu einem Think-Tank neokonservativer Überzeugungstäter zu entwickeln, die das Geschichtsbild des Dritten Reiches revidieren wollen."

1994 waren Jesse und Backes Unterzeichner einer Solidaritätserklärung für den „Wortführer der Neuen Rechten" (Der Spiegel) Rainer Zitelmann (Jg. 1957). Zitelmann wurde trotz der Solidaritätsbekundungen von Jesse und Backes als Ressortleiter der Tageszeitung „Die Welt" nach massivem Protest der Redaktion abgesetzt. Das Fass zum Überlaufen hatte der „PR-Mann einer national gesinnten Szene" (Die Woche) gebracht, als er ein „widerliches Machwerk" (Die Zeit) abdruckte, in dem jüdischen KZ-Häftlingen vorgeworfen wurde, „ihre Leidenszeit hier und da etwas zu dramatisieren".

Bundesweit bekannt wurde Zitelmann 1995 als Mitinitiator des geschichtsrevisionistischen Aufrufs „8. Mai 1945 – gegen das Vergessen". In dem Appell wurde dazu aufgerufen, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht mehr so wichtig zu nehmen. Das Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit" jubilierte über Zitelmann: „Zum ersten Mal geht von der ‚Rechten' substantielle Gefahr für das Establishment aus." Der nordrhein-westfälsche Verfassungsschutz warf darauf hin dieser „Neuen Rechten" um Zitelmann und Co. vor, „verstaubte , antidemokratische Vorstellungen" zu „neuem Leben zu erwecken und dabei die Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen."

Jesse attackierte daraufhin in der FAZ (9.4.1997) den NRW-Verfassungsschutz und warf ihm vor „auch konservative Gruppierungen ins Zwielicht zu rücken". Weiter beklagte Jesse, dass in den Verfassungsschutzberichten mehrerer Länder über die „Neue Rechte" berichtet wird, die er für eine Erfindung der 68er halte (Der Tagesspiegel).

Der Einsatz von Jesse und Backes für Zitelmann ist menschlich verständlich. Alle drei waren 1990 Herausgeber des Buches „Der Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus", ein Buch, das in rechten Kreisen auf starken Zuspruch stieß.

Auch der dritte vom Bundesverfassungsgericht bestellte Gutachter, der Parteienforscher Jürgen Falter, war Autor in diesem Band und gehört seit vielen Jahren dem Beirat des von Jesse und Backes herausgegebenen „Jahrbuchs Extremismus & Demokratie" an.

Die NPD begrüßte die Nominierung von Backes und Jesse in einem Email-Rundschreiben vom 10.1.02: „Beide sind in letzter Zeit von ganz links außen unter Beschuß gekommen... Beiden wird auch eine eher konservative Postion vorgeworfen."

aus: Archiv-Notizen Januar 2002, hrsg. vom DISS Duisburg (gekürzt) ■

Jahreskongress in Blankenburg

BLANKENBURG. Vom 28. Februar bis zum 7. März führen „Die Deutschen Konservativen" um Joachim Siegerist und Heinrich Lummer ihren diesjährigen Jahreskongress in Blankenburg bei Quedlinburg durch. Neben dem Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer und Bruno Bandulet, früher beim „Bund Freier Bürger" aktiv, referieren dort der emeritierte Bonner Prof. Hans-Helmuth Knütter, im vergangenen Jahr noch Referent bei der neofaschistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik", der Hitler-Biograph Prof. Werner Maser und der Orientalist und „Junge Freiheit"-Autor Hans-Peter Raddatz. *hma* ■

Identitätsstörungen

BERLIN. Das „Institut für Staatspolitik" um die „Junge Freiheit"-Autoren Karlheinz Weissmann und Götz Kubitschek führt am 16. März sein „4. Berliner Kolleg" unter dem Titel „Identität" durch. „Kein Kollektiv kann umhin, Eigenes von Fremden zu unterscheiden", heißt es in der Ankündigung. Das müsse „nicht in aggressiver Absicht erfolgen, aber es wirkt in jedem Fall". Gewirkt zu haben scheint es jedenfalls bei dem einstigen SDS-Aktivisten Bernd Rabehl, der bereits 1998 bei der Münchener „Burschenschaft Danubia" als Referent aufgetreten war und dafür heftige Kritik einstecken und als Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung seinen Hut nehmen musste. Nachdem sich der Wirbel um seine Person an der FU Berlin gelegt hat, will Rabehl nun am 16. März mit einem Vortrag über „die Linke und die Nation" beim „Institut für Staatspolitik" auftreten. Gleich nach Instituts-Mitgründer Weissman, versteht sich, der mit einem Referat zum Thema „Volk – Nation – Staat" aufwartet. Zum Schluss der Tagung wird eine Neuauflage des Kalten-Kriegs-Klassikers aus den 50er Jahren mit dem Titel „So weit die Füße tragen" gezeigt. Anschließend stellt sich der Co-Produzent des Filmes über einen aus einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager geflüchteten Wehrmachtssoldaten, Bastian Cleve, zu einem Gespräch zur Verfügung. Cleve hatte erst kürzlich in einem Interview mit der „Jungen Freiheit" für den Film geworben. Der entpuppte sich jedoch als Flop. „An den Kinokassen bleibt dem Film....der dringend benötigte finanzielle Erfolg versagt", heißt es bedauernd in der „Jungen Freiheit" (JF 6/02). *hma* ■

Erneuter Anlauf

FRANKFURT/MAIN. Auf Einladung des Bundesvorsitzenden der „Deutschen Partei", Dr. Heiner Kappel, fand am 12. Januar in Frankfurt ein Treffen mehrerer kleiner Rechtsparteien und –verbände statt. Gefolgt waren der Einladung Joachim Siegerist und Heinrich Lummer von den „Deutschen Konservativen", Dr. Alfred Mechtersheimer von der „Deutschland-Bewegung", der Vorsitzende der „Deutschen Sozialen Union" (DSU), Roberto Rink, stellvertretend für die Vorsitzende der „Freiheitlichen Deutschen Volkspartei"(FDVP), Claudia Wichmann (ehemals DVU), deren Geschäftsführer, Franz-Josef Reischmann, Wilfried Biedermann von der „Freiheitlichen Initiative" und Baldur Springmann. Nicht teilgenommen an diesem Treffen hatten der Vorsitzende der sog. „Republikaner", Rolf Schlierer und der Sprecher der „Stattpartei", Dr. Bruno Hollnagel. Diese hätten jedoch, heißt es in der „Deutschland Post" (1/02) der „Deutschen Partei", eine „positive Haltung" zu Kappels Zielsetzung signalisiert. Wie schon bei ähnlichen Treffen aus der Zeit, als Kappel noch Vorsitzender des „Bund Freier Bürger" war, wurde festgestellt, dass die Gruppierungen jeweils allein „keine überzeugende Änderung" bundesrepublikanischer Politik durchsetzen könnten. Eine eigens gegründete „Arbeitsgemeinschaft" soll nun „das politisch Verbindende" erarbeiten und zukünftig auch gemeinsame Aktivitäten festlegen. Der „Deutschen Partei" unter Kappels Vorsitz haben sich eine Reihe seiner früheren Mitstreiter aus den Zeiten des „Bund Freier Bürger" angeschlossen.

Abgedruckt wird in der „Deutschland Post", die in einer Auflage von 10 000 Exemplaren auch der aktuellen Ausgabe der „Jungen Freiheit" beiliegt, auch eine Todesanzeige für die „Deutsche Mark", die dem Titelblatt der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa" entnommen wurde. *hma* ■

Veranstaltung: „Hundert Tage sind genug!"

Erster Versuch einer gemeinsamen Bewertung des neuen Hamburger Senats
Hamburg, 16.2.2002, 13 Uhr,
Hochschule für Wirtschaft und Politik,
Cafe Knallhart, Von Melle Park 5

Freunde fürs Leben

ROSENHEIM. Antifaschistische Proteste und die Drohung des Oberbürgermeisters, die Schirmherrschaft über die Veranstaltung niederzulegen, hatten im März vergangenen Jahres dazu geführt, das die „Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland" an der Feier der „Landsmannschaft Oberschlesien" zum 80. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien in der Nürnberger Meistersingerhalle nicht teilnehmen konnte.

Voller Zorn hatten sich die Freikorpsanhänger daraufhin an das bayerische Innenministerium – Abteilung Verfassungsschutz – gewandt, um sich dort bestätigen zu lassen, dass gegen die „Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland" „überhaupt nichts vorliegt" („Der Oberländer" Nr. 30). Anscheinend sind die bayerischen „Verfassungsschützer" derart mit der Linken in Bayern beschäftigt, dass für eine Beobachtung der rechten Szene keine Zeit mehr bleibt. Dabei ließe sich ohne großen Aufwand feststellen, dass zu den Trägern des verbandseigenen „Oberlandehrenzeichens in Silber" der langjährige Leiter des Kasseler „Thule-Seminars", Dr. Pierre Krebs, im vergangenen Jahr Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme", ebenso gehört wie der Ministerialrat a.D. Dr. Franz Ruhwandl, der bis zu seinem Tod im Jahre 2000 „jahrzehntelanges Mitglied der NPD" war („Deutsche Stimme" 2/2000).

Wer nur einige Ausgaben des Mitteilungsblattes „Der Oberländer" gelesen hat, weiß auch, dass dort, zumeist ohne Quellenangabe, Beiträge aus den verschiedensten neofaschistischen Publikationen abgedruckt werden. In der aktuellen Ausgabe des „Der Oberländer" findet sich gar ein Aufsatz von Thomas Brehl unter dem Titel „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!" der mit den Worten endet: „Gegen Multikultur! Für den Stolz der Völker und den Bestand der Nationen!". Der Fuldaer war Weggefährte in Michael Kühnens Ende 1983 verbotenen ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten /Nationale Aktivisten). 1999 gehörte Brehl zu den Mitgründern des neofaschistischen „Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS).

Mit dem Freibrief vom Amt gerüstet waren die Wogen beim „Bündnispartner" schnell geglättet. So habe der Landesvorsitzende der „Landsmannschaft der Oberschlesier" in Bayern, Rupert A. Baron, in einem Schreiben an „Kameradschaftsführer" Rudolf Hüfner „diesen unrühmlichen Ablauf" in der Meistersingerhalle im Nachhinein „bedauert", heißt es in „Der Oberländer". „Unverständlich" fand diesen Vorgang auch die Vorsitzende der „Landsmannschaft der Oberschlesier" in München, Gertrud Müller. Vor etwa 300 Teilnehmern dankte die Münchener „Landsmannschaft"-Funktionärin auf der jährlichen Annaberg-Gedenkfeier am Schliersee im Mai vergangenen Jahres dem scheidenden „Kameradschaftsführer" Rudolf Hüfner für seinen Einsatz. →

Weitere gemeinsame Aktivitäten der Freikorpsanhänger mit den Münchener Oberschlesiern waren für letzten Dezember geplant. So sollte die „Kameradschaft“ für die neue Fahne der Oberschlesier die Patenschaft übernehmen und ein Fahnenband stiften. Für den 8. Dezember war geplant im Kasino der Bundeswehrverwaltung in der Dachauerstr.128 in München die Patenschaft der neuen Oberschlesierfahne zu übernehmen.

Bis zur nächsten Annaberg-Feier am 26. Mai im Kurhaus von Schliersee werden noch zahlreiche Treffen der „Kameradschaft“ stattfinden. Unter dem neuen „Kameradschaftsführer“, Jürgen Popp aus Rosenheim, treffen sich die Freikorpsanhänger jeweils Samstag den 23.2., 13.4., 15.6., 10.8., 12.10. und 21.12.2002 ab 16 Uhr im Lokal „Oberland“ in Holzkirchen. *hma* ■

„Traumatisierte Täternachkommen“

MESSEL/HESSEN. In der Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg gibt es Streit um das richtige Gedenken. Schon Mitte der 90er Jahre hatte der FDP-Beigeordnete Karl Wenchel versucht, in der 4000-Seelen-Gemeinde einen Gedenkstein mit den Namen der Messeler NS-Opfer zu errichten. Vergeblich. Gedenkstein ja, hieß es, aber keine Namen. Die Gemeinde ließ eine Tafel am Friedhofsparkplatz aufstellen mit der Aufschrift „allen NS-Opfern“.

Als Wenchel jetzt einen erneuten Versuch unternahm, das Schicksal von sieben NS-Opfern, Juden und Christen, namentlich in Erinnerung zu rufen durch eine Tafel in der Nähe des örtlichen Kriegerdenkmals, begründete die CDU-Fraktion ihre Ablehnung folgendermaßen: Wer die Namen der Opfer nenne, stifte Unfrieden und traumatisiere die Nachkommen möglicher Täter. Eine solche Tafel würde nur unnötig „die Emotionen im Dorf aufputschen“ und sei für eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema nicht geeignet.

„Verkehrte Welt“ kommentierte die FR: „Wer vor diesem historischen Hintergrund von einer Traumatisierung der Täter-Nachkommen spricht, der verhöhnt die Opfer und deren Familien, denn nur sie können diesen Begriff zu Recht in Anspruch nehmen“.

Dabei sind die Opfer durchaus bekannt: Zu den namentlich bekannten gehört die psychisch kranke Marie Wenchel, eine entfernte Verwandte Karl Wenchels. Nach seinen Recherchen wurde sie in die psychiatrische Anstalt Eichberg gebracht, die Teil der „Euthanasie-Maschinerie“ war. Sie verstarb dort 1944. Bekannt ist auch das Schicksal des jüdischen Ehepaars Eduard und Berta Neu, deren Haus 1940 zwangsverkauft wurde, sie wurden am 27.9.1942 nach Theresienstadt deportiert und starben wenige Monate später.

Quelle: FR 30.1.2002 – u.b. ■

DVU tritt nicht zur Wahl an

MAGDEBURG. Die rechtsextremistische Deutsche Volksunion (DVU) tritt nicht zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt an. Landesparteichef Dieter Kannegießer erklärte gegenüber dem MDR-Radio Sachsen-Anhalt, dies habe personelle und vor allem auch finanzielle Gründe. Er verwies dabei auf die Hamburger Niederlage, wo die DVU trotz eines aufwändigen Wahlkampfs an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.

Bei der letzten Landtagswahl war die DVU mit 12,9 % mit 16 Abgeordneten in den Landtag eingezogen. Inzwischen gab es etliche Austritte und eine Spaltung der Fraktion. Parteifinanzier Dr. Frey kalkuliert jeweils sehr genau, ob es sich lohnt, Millionen in einen Wahlkampf zu investieren oder nicht. Er überlässt das Feld der Schill-Partei, die mit dem Klinik-Konzernchef Marseille als voraussichtlichem Spitzenkandidaten in den Wahlkampf ziehen wird.

Quelle jW 5.2.02 – u.b. ■

Haft für Roeder

FRANKFURT. Der vielfach vorbestrafte 72jährige Manfred Roeder ist vom Landgericht Frankfurt zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Im April 2000 hatte Roeder in einem Schreiben den Bundestagsabgeordneten „Völkermord am eigenen Blut wegen bodenloser Asylpolitik“ vorgeworfen. Zum Holocaust-Denkmal in Berlin meinte er, es sei eine „Kriegserklärung an das Deutsche Volk“. Er forderte die Abschaffung der Bundesrepublik – „ein käuflicher Saustall“, so Roeder – und erklärte: „Das Reich muss wieder her“. Das Gericht stellte fest, es gehe Roeder um die „Wiederherstellung des Nazi-Unrechtstaates“, er sei ein „Lobredner des Nationalsozialismus“. Während die Verteidigung auf Freispruch plädierte, erkannte das Gericht auf Haft, aufgrund der vielen Vorstrafen ohne Bewährung. Revision allerdings wurde zugelassen. Die wird Roeder jetzt wohl beantragen, beim BGH hat er bereits wegen ähnlicher Verurteilungen in Marburg und Schwerin Einsprüche laufen.

Quelle FR 31.1.2002 – u.b. ■

Gegen Krieg, Überwachungsstaat und Rassismus

AUGSBURG: **Demonstration am 16.2. um 13 Uhr ab Königsplatz.** Das Antifaschistische Aktionsbündnis Augsburg (AABA) ruft dazu auf: „Heute wie im November 2000 ist es richtig und wichtig, gegen den Rassismus der Parlamente, der Amtsstuben, der Gerichtssäle und der Straßen zu demonstrieren. Geändert hat sich wenig - jedenfalls nicht zum Positiven. Im Gegenteil, es herrscht wieder Krieg und Deutschland will diesmal ganz vorne mit dabei sein. Wir demonstrieren am 16. Februar nicht nur gegen Taten wie die von Aystetten, sondern auch gegen das gesellschaftliche Klima, das solche rassistischen Übergriffe ermöglicht.“ ■

Pro Köln contra Verfassungsschutz – Demo für den 9. März 2002 angekündigt

KÖLN. Nachdem das öffentliche Interesse am Kölner Straßenstrich in den vergangenen Wochen doch stark nachgelassen hat, scheinen Manfred Rouhs und „seine“ Bürgerbewegung PRO KÖLN nun nach neuen Betätigungsfeldern zu suchen. Zu ihrem Glück bieten ihnen die (angeblich) die Verfassung schützenden Organe der BRD im Moment genügend Ansatzpunkte. Wo nun auch die Zentrale des Bundesamtes in Köln liegt, hätte man fast schon davon ausgehen können, dass Rouhs seine Chance sieht und nutzt.

Auf der einen Seite argumentieren die sich einen bürgerlichen Anstrich gebenden rechten Parteien und Organisationen schon seit geraumer Zeit, dass es „eine vom Verfassungsschutz ausgearbeitete Ideologie Rechtsextremismus gebe, mit deren Inhalten politische Nonkonformisten zu kontaminieren versucht“ würden. Zum anderen ist es wieder ein Thema, bei dem tatsächlich und berechtigt auch tatsächlichen Bürgern der Hut hoch geht.

So hat PRO KÖLN die Durchführung einer Kundgebung auf dem Pariser Platz in Chorweiler um 16.00 Uhr geplant und angekündigt, um danach gegen 17.00 Uhr zum VS in der Merianstr. zu ziehen, um unter der Losung „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ die Auflösung des VS zu fordern. Als Redner ist neben Rouhs selbst Markus Beisicht genannt, der als Rechtsanwalt aus Leverkusen angekündigt wird.

Die Nennung Leverkusens ist in sofern interessant, da sich seit einiger Zeit, auch in der Presse, leichter Wirbel um eine sog. „Schwesterorganisation“ Pro-Kölns, die „Leverkusener Offensive“ regt. Von einer ziemlich mageren Homepage abgesehen, auf der lediglich betont wird nicht in die Rechte Ecke zu gehören, sondern ausschließlich „gute Kontakte zu Pro Köln zu unterhalten“, ist diese zwar bisher nicht in Erscheinung getreten. Doch wird es zu beobachten bleiben, in wie weit es den Rechten gelingen wird, sie aufzubauen.

CHR ■

PRO in Dinslaken

DINSLAKEN. Am 25.1.02 fand ab 19 Uhr in der Gaststätte „Gambrinus“ in Dinslaken eine Informationsveranstaltung zur Gründung der Partei der Rechtstaatlichen Offensive statt. Hierzu hatten die ehemaligen Mitglieder der Bürgerbewegung Dinslaken bzw. der CDU Herr Mühmert und Herr Glembock eingeladen. Um 18.30 Uhr fanden sich etwa 20 jugendliche Antifaschist/innen ein, um gegen die Veranstaltung mit Transparenten („Keine Schill-Partei in Dinslaken“) und Trillerpfeifen zu protestieren. Es wurden Flugblätter an die BesucherInnen der Gaststätte sowie der AnwohnerInnen verteilt, die sich gegen den Rassismus, Sicherheitswahn und Ausgrenzung richteten. Die Jugendlichen beschlossen dann, sich an der Veranstaltung zu beteiligen.

Der nicht enden wollende Applaus bei der Vorstellung des Konzeptes der Partei bei Begriffen wie „Sicherheit“, „Ausländerkriminalität“ fand jedoch nicht die Zustimmung der Veranstalter der PRO. Nach dem Skandieren von „Schill - Parolen“ drohte Herr Mühmert die Jugendlichen des Raumes zu verweisen. Sichtlich überfordert versuchten die Veranstalter die Jugendlichen in die Veranstaltung zu integrieren. Nachfragen zur Residenzpflicht, der Brechmittelvergabe in Hamburg, der Asylpolitik sowie der Arbeitslosigkeit konnten von den Rednern auf dem Podium nicht beantwortet werden. Nach zwei Stunden kritischer Fragen und Dauerapplaus wurde die Veranstaltung ergebnislos beendet.

„Zur Zeit gibt es uns in NRW noch gar nicht. Die Gründung des Landesverbandes ist im Zeitraum Februar/März geplant. Erst im Anschluss sollen Kreis und Stadtverbände ins Leben gerufen werden“, unterstrichen Mühmert und Hans-Gerd Glembock und rechnen da mit breiter Zustimmung beim Wahlvolk.

Die AntifaschistInnen versprachen, jede Veranstaltung der Initiative zur Gründung der PRO zu besuchen.

Junge Linke Wesel ■

Angriffe auf ausländischen Wissenschaftler in Jena

JENA. In der Thüringer Universitätsstadt Jena ist erneut ein ausländischer Wissenschaftler vermutlich von drei Rechtsextremisten angegriffen worden. Der 32-jährige russische Gastdozent der Friedrich-Schiller-Universität wurde niedergeschlagen und im Gesicht schwer verletzt. Die Polizei geht von einem ausländerfeindlichen Hintergrund aus. Dem Vorfall war ein Streit vorausgegangen, wobei die Täter den Wissenschaftler beschimpft und beleidigt hätten. Vor einer Woche war bereits ein 38 Jahre alter chinesischer Gastprofessor zusammengeschlagen worden. *Fortsetzung Seite 6*

Personenschutz für Neonazis bei Aufmarsch in Bielefeld

Während in München ein komplettes Demonstrationsverbot über sämtliche Aktionen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz verhängt wurde, durften in Bielefeld am 2. Februar rund 1700 Neofaschisten den Schutz des Grundgesetzes für sich in Anspruch nehmen und erneut gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Wehrmacht demonstrieren. Rund 2000 Beamte aus ganz Nordrhein-Westfalen schirmten den Neonaziaufmarsch ab.



Aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Schweden waren die Rechten am Samstag angereist. Dass die neofaschistische Szene jedoch nicht, wie so gerne von ihr dargestellt, in trauter Einheit marschiert, wurde deutlich, als sich NPDler und „Freie Kameraden“ nach einer Rede von Steffen Hupka in die Haare gerieten. Dieser hatte in seinem Beitrag die Politik der NPD kritisiert, woraufhin es zu Rangeleien zwischen dem Dortmunder Nazikader Siegfried Borchardt und einem NPD-Mitglied kam.

In einem vom örtlichen DGB organisierten Sternmarsch machten sich rund 8000 Menschen auf den Weg, um gegen die neofaschistische Provokation zu demonstrieren. Die Bielefelder Antifa kritisierte indes die Zusammenarbeit zwischen DGB und Polizei sowie die Einladung der Gewerkschaft an den Oberbürgermeister von Bielefeld, Eberhard David (CDU). In einem Flugblatt stellten die Antifaschisten klar, dass David eine Partei vertrete, „die für rassistische (Leitkultur-)Kampagnen bekannt“ sei und deren Kanzlerkandidat gerne von einer „durchrassten Gesellschaft“ schwadroniere. Daher dürfe es kein Rederecht für David geben.

Rund 500 meist jugendliche Linke wollten sich nicht damit begnügen, in der Innenstadt gegen die Nazis zu demonstrieren. Daher machten sie sich, nachdem ihr Weg zunächst an einer Polizeisperre endete, in Kleingruppen auf, um sich den Neofaschisten direkt in den Weg zu stellen, was aufgrund der eingesetzten Polizeikräfte jedoch nicht glückte. Die Beamten lieferten sich immer wieder Rangeleien mit den Linken und setzten mehrfach den Schlagstock ein. Dabei wurden einige Demonstranten leicht verletzt.

Auch bei der Anreise der Neofaschisten kam es zu einem Zwischenfall: Zwei linke Jugendliche waren aus Versehen in einen eigens für die Nazis bereitgestellten Sonderzug gestiegen und dort von den Rechten bedroht worden. Gegenüber jW berichteten sie von körperlichen Misshandlungen und Beleidigungen. Des weiteren hätten die Nazis ihre „Personalien kontrollieren wollen“ und Bilder von ihnen gemacht, welche auf der Internetseite der neofaschistischen „Initiative der weißen Art“ ausgestellt werden werden sollten. Nach Aussage der Jugendlichen ist der Vorfall von einem Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) beobachtet worden, der jedoch nicht eingeschritten sei. Ein Sprecher des BGS Bielefeld wies die Vorwürfe gegenüber jW zurück. Der Polizei sei „ein solcher Vorfall nicht bekannt“.

Während des Aufmarsches wurden drei NPD-Anhänger festgenommen. Nach Angaben von Polizeisprecher Wolfgang Seifried hatten sie Polizisten mit Flaschen und Steinen beworfen und getreten, Barrikaden errichtet und angezündet sowie einen Polizeiwagen beschädigt. Zudem sei ein 24jähriger vorläufig festgenommen worden, weil auf seiner Kopfhaut SS-Runen tätowiert waren. Gegen ihn sei ein Strafverfahren eingeleitet worden. Redeverbote wurden gegen den früheren Chef der verbotenen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP), Friedhelm Busse, und den Hamburger Neonazi Christian Worch verhängt. Der Versammlungsleiter der NPD, Timo Pradel, sei von der Veranstaltung ausgeschlossen worden, weil er „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ skandiert habe, sagte Seifried. Auch gegen ihn werde ein Strafverfahren eingeleitet.

Die „Freien Kameradschaften“ kündigten unterdessen einen erneuten Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld an. Laut Christian Worch soll dieser am 2. März stattfinden. Die überarbeitete Wehrmachtsausstellung ist noch bis 17. März im Historischen Museum Bielefeld zu sehen.

Peter Schulz , Jw vom 4.2.2002 ■

Fortsetzung von Seite 5

Inzwischen nahm die Polizei einen 34-jährigen Tatverdächtigen fest. Nur wenige Stunden später stellten sich zwei weitere Männer in Begleitung ihrer Rechtsanwälte dem Staatsanwalt. Einer habe zugegeben, dem Mann mit dem Kopf ins Gesicht gestoßen zu haben, sagte der Leitende Staatsanwalt Sauter.

Die Thüringer Hochschulen verurteilten unterdessen die Übergriffe. Rund 5 000 Studenten, Dozenten und Jenaer Bürger nahmen am 5.2. an einem Protestmarsch gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Jena teil. „Wissenschaft ist international und braucht den Austausch", erklärte Rektor Prof. Dr. Karl-Ulrich Meyn. Wenn Ausländerfeindlichkeit nicht Einhalt geboten werde, dann seien diese wichtigen Austauschbeziehungen gefährdet. Fremdenfeindlichkeit, so Meyn, sei aber nicht nur ein Phänomen rechtsradikaler Parteien. Auch mancher Bürger freue sich klammheimlich, wenn Ausländer beschimpft oder verprügelt werden, was sich in Stammtischparolen offener entlade. Der Rektor rief die Bürger Jenas auf, nicht wegzusehen, wenn Gewalt gegen Menschen ausgeübt werde.

Daniel Gohlke vom Studentenrat der Universität, dessen Zeitung „Akrützel" extra eine Sonderausgabe zur Demo verteilte, befürchtet, ebenso wie die Universitätsleitung, dass ausländische Studenten den Studienort Jena künftig meiden. Golhke machte auch auf die fast unwidersprochen hingenommene Erhebung von Daten ausländischer Studenten per Rasterfahndung nach dem 11. September aufmerksam. Auch das sei wenig vertrauensbildend. In den Demonstrationszug reihten sich unterwegs noch viele Menschen ein.

Am Rande der Demonstration gab es Protest gegen den an der Uni Jena lehrenden Professor Zehm, der im letzten Jahr wegen den Holocaust relativierender Positionen in die Kritik geraten war. Zehm soll im Sommersemester wieder den Lehrbetrieb übernehmen.

diverse Berichte in der antira-mailing-liste ■

Landsmannschaft Ostpreußen verliert erneut Klage gegen PDS

Das Oberlandesgericht Celle hat eine Berufungsklage der Landsmannschaft Ostpreußen gegen den früheren Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, und gegen die Abgeordnete Ulla Jelpke abgewiesen.

Anlass der Klage war eine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung aus dem Jahr 2000, in der die Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen scharf kritisiert und als Satzung, die Annexion sanktioniert, eingestuft worden war.

Wörtlich heißt es dazu in dem Urteil des OLG Celle:

„In der Anfrage bringen die Beklagten ... ihre politische Überzeugung zum Ausdruck, dass alle Bestrebungen, die bestehenden Staatsgrenzen in Europa in Frage zu stellen und territoriale Ansprüche gegen Nachbarländer zu erheben, den Frieden gefährdeten, jede Politik der guten Nachbarschaft mit den Staaten Osteuropas untergrüben und gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verstießen."

Diesen Vorwurf muss die Landsmannschaft Ostpreußen „im öffentlichen Meinungskampf hinnehmen", urteilte das Gericht.

Bereits im Frühjahr 2001 hatte das Landgericht Lüneburg in erster Instanz eine entsprechende Klage der Landsmannschaft abgelehnt. Das Urteil des OLG Celle bestärkt die PDS in ihrer Kritik und Ablehnung aller Versuche aus Vertriebenenverbänden, die bestehenden Grenzen in Europa zu relativieren und in Frage zu stellen.

Das schriftliche Urteil ist zu erhalten im Büro Ulla Jelpke MdB, Tel. 030-227-75816, Fax 030-227-76793, Mail: ulla.jelpke@bundestag.de. ■

Worch meldet Demo für 20.4.2002 in Weimar an

WEIMAR. Anfang Dezember meldete Marco Polzius eine Demonstration in Weimar unter dem Motto „Meinungsfreiheit für Deutsche – Jetzt und überall" an. Im Internet wird seitdem auf den Seiten des Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen (NSAW) für diese Demo geworben. Als Stellvertreter von Polzius war bisher der Eisenacher Neonazi Patrick Wieschke gemeldet.

Anfang Januar wurde Wieschke in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil wegen der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf einen Eisenacher Dönerimbiss zu 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Eine Woche später wurde er erneut verhaftet, nachdem er gemeinsam mit einem zweiten Täter versuchte, Geld von einem Opfer mit Gewalt zu erpressen.

Am 31.1.2002 wurde die Demonstrationsanmeldung dahingehend verändert, dass Christian Worch jetzt als Anmelder und Marco Polzius als Stellvertreter fungieren. Als Ordnungsdienstleiter wurde Dieter Riefling angegeben. Sprechen sollen Steffen Hupka, Reinhold Leidenfrost und Gerd Ittner.

Wie ist die Situation in Weimar?

Am 16.1.2002 gab es ein erstes Bündnistreffen. Hier wurden erste Strategien und Konzepte diskutiert, um den Naziaufmarsch zu verhindern. Durch das Bündnis wurde bereits vor den Nazis eine Demonstration angemeldet, so dass sich diese in der Position des Zweitanmelders wiederfinden. Da diese jedoch keine eigene Route angemeldet haben, sondern von der Stadt einen Vorschlag für eine freie Wegstrecke einfordern, bringt die Erstanmeldung lediglich den Vorteil, dass die Innenstadt wohl Nazifrei bleiben wird.

Die Anmeldung durch Worch lässt vermuten, dass die Neonazis bundesweit mobilisieren werden und alle juristischen Möglichkeiten einsetzen werden, um ein Verbot zu verhindern!

Büro Hübner ■

Revanchisten-Konzert

FRANKFURT. Am 17. Februar um 16.00 Uhr ist ein Benefiz-Konzert zu Gunsten des von Erika Steinbach und dem „Bund der Vertriebenen" (BdV) geplanten „Zentrum gegen Vertreibung" in der Paulskirche in Frankfurt geplant. Reden sollen neben Frau Steinbach Ministerpräsident Koch und Petra Roth.

Der BdV hat sich immer gegen die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der Grenze zur Tschechischen Republik ausgesprochen. Insbesondere die Beneš-Dekrete zur Umsiedelung der Deutschen aus der Tschechoslowakei standen in der letzten Zeit im Mittelpunkt ihrer Agitation. Ausgeblendet wird dabei, dass die Mehrheit der Sudetendeutschen an der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der folgenden Vertreibung, Verfolgung und Ermordung hunderttausender Juden, Roma und Sinti, Tschechen und deutscher Antifaschisten beteiligt waren. Ziel des BdV ist die Relativierung (und teilweise die Leugnung) der deutschen Verbrechen. Dafür wird auch mit Nazis zusammengearbeitet. Gefährlicher ist aber der Einfluss der „Vertriebenenverbände" in den demokratischen Parteien.

Informationen über die Geschichte des BdV bis 1996 unter „Nie wieder Heimat": www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Themen/Revanchismus/nwh/inhalt.html.

www.antifa.frankfurt.org ■

Zur Antwort der Bundesregierung auf ihre Anfrage zu rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gewalt- und Straftaten im Dezember 2001 erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

Jahresbilanz 2001:

Erneut viele Opfer rechter Gewalt

Mit den Zahlen für Dezember liegt nun die offizielle Jahresbilanz rechter Straf- und Gewalttaten 2001 vor. 10.113 Delikte meldet die Bundesregierung für 2001. Davon sind 6.823 Propagandadelikte, 579 Gewaltdelikte und 508 Angriffe gegen Personen. 385 Menschen sind von Rechtsextremisten verletzt worden, sieben Fälle versuchter Tötungen wurden erfasst. Dies zeigt, wie gefährlich die rechte Szene nach wie vor ist. 7463 Tatverdächtige, 731 vorläufig Festgenommene und 155 Haftbefehle nennt die Statistik der Regierung. Nicht aufgeführt sind aber erneut mehrere Todesopfer rechter Gewalt:

- Am 28. März 2001 wurde ein 51-jähriger Sozialhilfeempfänger aus Grimmen zu Tode getreten.
- Ende März wurde ein 38-jähriger Mann in Milzau von rechtsextremen Jugendlichen so schwer verletzt, dass er wenig später starb.
- Im April wurde ein Algerier von vier Jugendlichen in Vorpommern getötet.
- Am 29. Mai erlag ein 27-Jähriger aus Bad Blankenburg nach einer Schlägerei seinen Verletzungen. Der Täter aus der rechten Szene ist einschlägig vorbestraft.
- Am 9. August prügelten fünf Jugendliche in Dahlewitz einen Obdachlose zu Tode.

Bei all diesen Fällen leugnet die Regierung einen rechtsextremen Tathintergrund. Ihre Bilanz ist also weiter unvollständig. Unglaubwürdig wird sie auch, wenn man die Regierungszahlen mit Zahlen aus den Ländern vergleicht.

So zählt Brandenburg für das gesamte Jahr 2001 rund 1900 rechte Taten. Die Berliner Sicherheitsbehörden erfassten 2001 504 rechte Delikte.

Dagegen meldet die Bundesregierung für Brandenburg 930 und für Berlin 82 rechte Straf- und Gewalttaten – wobei die rechtsextremistischen Propagandadelikte für November und Dezember in der Statistik der Bundesregierung erstmals nicht mehr nach Regionen aufgeschlüsselt werden.

All dies verbietet jede Entwarnung. Bagatellisierungen lassen potentielle Opfer rechter Schläger allein. ■

Im 4. Quartal 2001 wurden insgesamt 185 antisemitisch motivierte Straftaten, hiervon 41 Propagandadelikte sowie 6 Körperverletzungen gemeldet. Niedersachsen liegt mit 31 gemeldeten antisemitischen Straftaten an der Spitze der Bundesländer, gefolgt von NRW (18), und Bayern und Baden-Württemberg mit jeweils 17 Straftaten. 108 Tatverdächtige wurden ermittelt, Festnahmen gab es keine. Bei den fremdenfeindlich und rechtsextremistisch motivierten Straftaten wurden im Dezember 2001 insgesamt 321 gemeldet, davon 230 Propagandadelikte und 16 Gewaltdelikte. Von den 180 Tatverdächtigen wurden 5 festgenommen, in keinem Fall Haftbefehl erlassen. 15 Personen wurden verletzt, Todesfälle waren laut Bundesregierung nicht zu verzeichnen.

BT 14/7990 und 14/7991

Mercedes „spendet" für Zwangsarbeiter

Limousinen für die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen

Warschau, 26.1.02. Am Mittag erschienen einige gutgekleidete Vertreter der deutschen Zentrale der Daimler-Benz-AG mit ihren Dolmetscherinnen in der Daimler-Benz-Verkaufsstelle in der Warschauer Innenstadt. Dem Personal überbrachten sie die schriftliche Anweisung der Stuttgarter Zentrale, unverzüglich fünf hochwertige Limousinen zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen zu spenden. Entsprechende Hinweistafeln hatte die Firmendelegation gleich mitgebracht, auch Mechaniker in Mercedes-Benz-Overalls, die sofort mit der Ausschilderung der Wagen begannen und sie für den Abtransport vorbereiteten.

Wer bei dieser Meldung stutzt, tut das völlig zu Recht. Tatsächlich ist Daimler-Benz nicht bereit eine Radkappe mehr zu spenden, als es der Firma in den vergangenen Jahren für die Stiftungsinitiative abgenötigt werden musste, und die Firmendelegation bestand in Wirklichkeit aus Personen, die der Firmenpolitik der Daimler-Benz AG sehr kritisch gegenüberstehen. Auch die Anweisung sah echter aus, als sie es war, und die Hinweisschilder an den Wagen sind inzwischen wohl wieder entfernt worden. Zeitgleich zu dieser Aktion versammelten sich vor der Filiale über hundert polnische und deutsche AktivistInnen gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus mit der Forderung, den Beitrag der deutschen Wirtschaft und damit auch den von Daimler Benz für eine wirkliche und angemessene Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zu erhöhen und alle Hindernisse für eine schnelle und vollständige Auszahlung endlich zu beseitigen.

Zitate aus einem Flugblatt der deutsch-polnischen „Initiative gegen den Schlussstrich", das in Warschau verteilt wurde. http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/260102warschau1.html Deutsche Version und http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/260102warschau2.html,polnische Version ■





Trotz Verbot – Tausende demonstrierten gegen NATO-Sicherheitskonferenz

Trotz eines völligen Versammlungsverbots im gesamten Stadtgebiet haben 7000 Menschen am Freitag und Samstag 1./2.2. gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München demonstriert. Rund 850 von ihnen wurden von der Polizei in Gewahrsam oder festgenommen. Zu Ausschreitungen kam es zu keinem Zeitpunkt.





ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

München glich einem Heerlager. Wasserwerfer sicherten den Platz rund um das Tagungshotel „Bayerischer Hof". Schwere Polizeistiefel trampeln über die Gedenkplatte des dort 1919 ermordeten sozialistischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Demonstrativ in den nach München einfahrenden Polizeikolonnen aufgespannte Landesfahnen erinnerten an den Einmarsch der Freikorps 1919. Auf dem Odeonsplatz vor der Feldherrenhalle hatte der Bundesgrenzschutz eine provisorische Kaserne aus Einsatzfahrzeugen, Gefangenentransportern und Verpflegungswagen errichtet. Das Herz der Stadt, der Münchner Marienplatz, war fest in der Hand der Brandenburger Einsatzhundertschaften.

Während Oberbürgermeister Christian Ude am Freitag Nachmittag die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz begrüßte, veranstaltete das Bündnis gegen die NATO-Konferenz zusammen mit dem Fraktionschef der Münchner Grünen Siegfried Benker und dem Liedermacher Konstantin Wecker eine öffentliche Pressekonferenz auf dem Marienplatz. Diese Pressekonferenz wurde zum Kristallisationspunkt für Tausende von Demonstranten, die jetzt auf den Platz strömten. Einige Jugendliche begannen zu tanzen und Parolen gegen die NATO zu rufen. Viele Menschen hatten sich den Mund mit Klebeband verklebt - als Zeichen für das unterdrückte Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.

Als sich die friedliche Menge trotz mehrfacher Polizeiaufforderung nicht zerstreut, kesselten Einsatzhundertschaften sie ein. Über 300 Menschen wurden im Polizeigriff abgeführt. „Ich habe gesehen, wie die Polizei völlig willkürlich Menschen aus der Menge griff und brutal festgenommen hat. Auch der Ingolstädter PDS-Vorsitzende war dabei", erzählt die bayerische PDS-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter, die zur Gefangenensammelstelle im Polizeipräsidium an der Ettstraße geeilt war. Erst, als die Abgeordnete ihren Parlamentsausweis zeigte, war die Polizei bereit, einigen verunsicherten Eltern Auskünfte über das Schicksal ihrer in Gewahrsam genommenen minderjährigen Kinder zu geben.

Erstaunlich einhellig die Meinung von Münchner Passanten, die das Kesseltreiben beobachten. Die Kommentare reichten von „Soll die NATO sich doch auf einer einsamen Insel treffen" bis zu „Eine Schande für die Demokratie".

Trotz eines erneuten Großaufgebotes der Polizei versammelten sich Samstag Mittag wiederum Tausende von Demonstranten auf dem Marienplatz. Der Sprecher des Bündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz Claus Schreer war zuvor von der Polizei in Unterbindungsgewahrsam genommen worden. Der Pressesprecher des Bündnisses Hans-Georg Eberl war bereits am Donnerstag für die Dauer der Sicherheitskonferenz inhaftiert worden, da – so die Polizei – die Gefahr bestände, dass der sich an gewalttätigen Aktionen beteiligen könne.

Kurzfristig erlaubte die Polizei der inzwischen auf über 6000 Menschen angewachsenen Menge, sich zu einem Demonstrationszug zu formieren. Doch schon wenige hundert Meter weiter am Isartorplatz kesselte die Polizei die De-

monstration ein und ließ Wasserwerfer und Räumpanzer auffahren. Immer wieder wurden Männer in schwarzen Kapuzenpullis beobachtet, die – aus Polizeiwagen kommend – sich unter die Demonstranten mischten.

Eine für alle Seiten gerechte friedliche Lösung sei unmöglich, erklärte Polizeieinsatzleiter Limmbacher. Schließlich habe es Gewaltakte gegeben. Auf Nachfrage konkretisierte er: Es seien einige Äste abgeknickt worden. Während Grünen-Fraktionschef Benker noch mit der Polizei verhandelte, gelang es den Einkesselten, die Polizeikette zu durchbrechen. So wird es noch den ganzen Tag gehen. Immer wieder formieren sich einige Hundert Demonstranten zu Protestzügen, dann werden sie wieder eingekesselt. Mehrfach kam es zu Knüppeleinsätzen und Festnahmen.

Hunderte Menschen, die auf dem Weg zu einer internationalen Diskussionsveranstaltung des Bündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Münchner Gewerkschaftshaus waren, wurden bis zu sechs Stunden in einem Polizeikessel in der Nähe des Veranstaltungsortes festgehalten. Fast 500 Demonstranten wurden bis Mitternacht widerstandslos in die verschiedenen Gefangenensammelstellen der Stadt abtransportiert.

Mehrere Stunden lang umstellten Brandenburger Einsatzhundertschaften zudem das Gewerkschaftshaus. Niemand durfte mehr hinein oder hinaus. Die Polizei forderte die Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung auf, einzeln das Gebäude zur Personalienfeststellung zu verlassen. „Dies ist das erste Mal seit 1933, dass die Polizei das Gewerkschaftshaus umstellt. Aber diesmal werden wir uns zu wehren wissen“, erklärt ein Ver.Di.-Funktionär gegenüber Neues Deutschland. „Zur Not übernachten wir im DGB-Haus“. Nach zwei Stunden der Belagerung konnten sich die Eingeschlossenen durchsetzen und die Polizei zog sich zurück. Offensichtlich war die Aktion ein Alleingang des schon vorher als Scharfmacher aufgefallenen Einsatzleiters Limmbacher. Von einer Belagerung des DGB-Hauses sei nichts bekannt, erklärte die Pressestelle der Polizei.

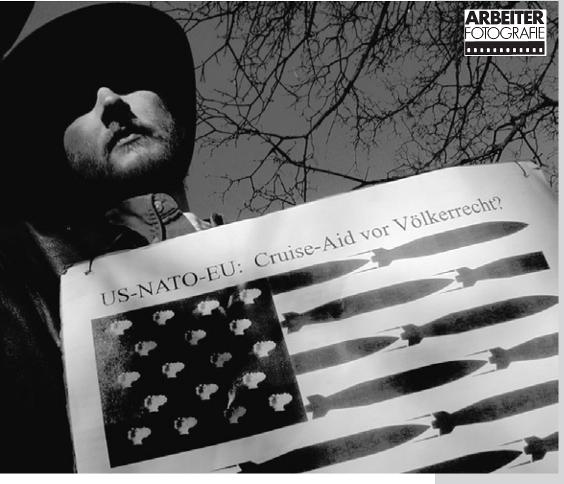
Bis auf einige während eines Polizeiübergriffs geringfügig beschädigte Einsatzfahrzeuge wusste der Polizeibericht für die Dauer der Sicherheitskonferenz keinerlei Ausschreitungen oder Gewalttaten durch die Demonstranten zu berichten. Von der Beschädigung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit sprach der Bericht freilich nicht.

Nikolaus Brauns ■

Aus der Presseerklärung des „Bündnis gegen die NATO Sicherheitskonferenz“

Es steht außer Frage, München war ein politischer Erfolg für uns, der Brückenschlag zwischen den Bewegungen gegen Globalisierung und Militarismus ist gelungen. Und dies obwohl seitens der bayerischen Institutionen seit Wochen versucht wird, unsere Vorbereitungen massiv zu behindern: Angefangen beim Druck des Münchner OB, auf von der Stadt finanziell abhängige Einrichtungen, über die Kündigung unseres Kontos durch die Stadtsparkasse, bis zur Kriminalisierung eines Mobilisierungsflugblattes und -plakats durch das Münchner Landgericht.

Um nicht missverstanden zu werden, es gibt keinen Grund die Sektkorkenknallen zu lassen. Über 700 Festnahmen und zahlreiche Verletzte sprechen für sich!



Bei genauerem Blick auf den Verbotsbescheid des Kreisverwaltungsreferates bleibt zu befürchten, dass die Durchsuchung des Infoladen München, vom 31.1., lediglich den Beginn weiterer Repressionsmaßnahmen gegen das „Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“ markiert. Das Bündnis wird noch geraume Zeit damit beschäftigt sein, die „Nachwehen“ dieses Wochenendes aufzuarbeiten, es geht darum den angewachsenen Schuldenberg abzuarbeiten, sich um die Verfahren zu kümmern, die auf einige TeilnehmerInnen zukommen werden oder um die Feststellungsklage, die gegen das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, durchgefechtet sein will. ... Das Verhalten der Bayerischen Staatsregierung, das eher einem Obrigkeitsstaat, als einer Demokratie zu Gesicht steht, ist nicht nur in Deutschland zur Kenntnis genommen worden. Aus Protest gegen das Totalverbot in München kam es z.B. in mehreren italienischen Städten zu Kundgebungen vor deutschen Botschaften und Konsulaten. Auch in Porto Alegre und New York war der Ausnahmezustand in München Thema. Die Bilder dieses Wochenendes sind um die ganze Welt gegangen und haben deutlich gezeigt, dass hier verfassungsmäßig garantierte Grundrechte, von bayerischen Politikern außer Kraft gesetzt wurden. Letztendlich haben sie dem Ansehen der Stadt München , der sogenannten „Weltstadt mit Herz“, einen „Bärendienst“ erwiesen.

Uns ging es weder an diesem Wochenende, noch in der Vorbereitung unserer Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, um eine Konfrontation mit der Polizei. Permanent wurde uns eine Distanzierung von sogenannten Gewalttätern abverlangt. Unsere politischen Beweggründe, gegen die Kriegsstrategen aus NATO und EU zu demonstrieren, wurde schlichtweg ignoriert und die politische Breite des Bündnisses so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Mit dem Aufruf „Von Genua nach München“ wollten wir verdeutlichen, dass die politische Auseinandersetzung nicht isoliert in den Teilbereichsbewegungen geführt werden kann, wenn an den herrschenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen gerüttelt werden soll. Die Bekämpfung dieser kapitalistischen Verhältnisse, kann keinen Erfolg haben, wenn nicht auch deren militärisches Durchsetzungsinstrument, die NATO, in den Focus von Protest und Widerstand gerückt wird.

Unser politisches Interesse liegt darin, die GegnerInnen des globalisierten Kapitalismus mit Denen zusammenzubringen, die den „militärischen Arm“ desselben, als Schwerpunkt ihrer politischen Auseinandersetzung betrachten.

Wir haben die AktivistInnen dieser beiden Bewegungen nach München mobilisiert, um unsere Anliegen gemeinsam auf die Straße zu tragen und den Kriegsplanern aus NATO und EU zu verdeutlichen: „Ihr seid weder hier noch anderswo erwünscht!“ Außerdem haben wir im Rahmen der Internationalen Veranstaltung, einen Ort des Austausches und der gemeinsamen Diskussion schaffen wollen, der über München hinaus die Perspektive einer internationalen Zusammenarbeit eröffnen könnte.

Insgesamt betrachtet, beurteilen wir die Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz als Erfolg. Der erste sichtbare Beweis war die Verlegung des Empfangs der Teilnehmer der NATO-Sicherheitskonferenz, durch OB Ude, vom „Alten Rathaus“ in ihre „Tagungsfestung“, den „Bayerischen Hof“. – Wir gehen davon aus, dass uns im nächsten Jahr die Anwesenheit der Kriegsstrategen aus NATO und EU erspart bleiben wird. Natürlich ist dies nicht die Lösung des Problems, sie sollen sich auch nicht wo anders treffen können. Letztendlich geht es um die Auflösung der NATO, überhaupt um die Abschaffung sämtlicher militärischen Interventionsarmeen und -bündnisse. ■

Deutsches Fallschirmjäger-Denkmal auf Kreta am Ende –

Die Traditionspflege geht weiter!

Von Carsten Hübner

„Euch Toten gehört der Dank, die ihr fern der Heimat, getreu eurem Fahneneid das Leben gabet unserem Großdeutschland", lautet die Inschrift auf dem 1941 von den deutschen Okkupationstruppen errichteten Fallschirmjäger-Denkmal in der Kommune Nea Kidonia am Rande Chanias, der früheren Hauptstadt Kretas. Es erinnert an das Unternehmen „Merkur", die Besetzung der Insel durch deutsche Luftlandeeinheiten. Bei den Gefechten vom 20. bis 28. Mai 1941 verloren allein auf deutscher Seite 6580 der rund 23.000 eingesetzten Soldaten das Leben oder wurden verletzt – viele bereits in der Luft. Mehr als 10.000 Briten, Neuseeländer, Australier und Griechen starben bei dem Versuch, die Insel gegen die deutschen Truppen zu verteidigen, etwa ebenso viele gerieten in Gefangenschaft. Bei keiner vergleichbaren deutschen Militäroperation war es zuvor zu derart hohen eigenen Verlusten an Menschen und an Kriegsgerät gekommen. Von den 492 eingesetzten „Ju 52" wurden 151 abgeschossen oder stürzten durch gegenseitige Berührung ab. Nahezu alle 98 „DFS 230"-Lastensegler gingen zu Bruch.

Die Operation „Merkur" – die wohl größte Luftlandeoperation der Kriegsgeschichte – gilt dennoch, oder gerade deshalb, bis heute nicht nur in einschlägigen Kreisen und bei den Traditionsverbänden der Wehrmacht als Heldentat. Auch von den Luftlandeeinheiten der Bundeswehr wird ihr mit sog. Kreta-Feiern am 20. Mai jeden Jahres gedacht. Weshalb noch Mitte 1998 das Fernsehmagazin „Kennzeichen D" in einem Bericht „die Erinnerung an die Operation Merkur" als ein „lebendiges Stück Tradition innerhalb der Bundeswehr" charakterisierte und das Denkmal bei Chania einen „Wallfahrtsort für alte, aber auch junge Soldaten, die den Geist von Hitlers Fallschirmjägern lebendig halten wollen", nannte.

Dieser Form der Traditionspflege scheint auch die „Kameradschaft Fallschirmjäger-Denkmal anzuhängen, die seit Monaten im Internet zur Rettung des Denkmals aufruft. Wenn auch ohne den gewünschten Erfolg, wie ihr aktueller „Situationsbericht und Hilferuf" offenbart. Denn trotz massiven Engagements gegenüber „Behördenvertretern auf Kreta", „Vereinigungen und Medien usw." erhielten sie bis jetzt „von keiner Seite ein positives Echo!! Es scheint manchmal sogar so, als wolle man uns bewusst Steine in den Weg legen."

Dem mag durchaus so sein. Denn tatsächlich zeigt weder der Besitzer des Geländes Interesse an der Verlängerung des Anfang Oktober diesen Jahres ausgelaufenen Pachtvertrages noch die Kommune Nea Kidonia an der Reparatur des aufgrund von Winterstürmen und Altersschwäche inzwischen erheblich ramponierten Ehrenmals. „Die Kommune hat ihre Ablehnung der Rekonstruktion mit ihrem Beschluss vom 30. November 2000 deutlich bestätigt" berichtete etwa deren Bürgermeister Nikos Apostolakis Mitte November der Tageszeitung „junge Welt". Um dann unmissverständlich zu ergänzen: „Meines Erachtens stellt das Denkmal eine Verhöhnung der Opfer und ihrer Angehöriger dar. Die deutschen Fallschirmjäger haben Tausende von Zivilisten ermordet und ganze Dörfer auf Kreta dem Erdboden gleichgemacht."
Mit System, wie der bereits am 31. Mai 1941, also wenige Tage nach der Besatzung, von General Kurt Student erlassene Befehl über Vergeltungsmaßnahmen gegen die sich tapfer zur Wehr setzende Bevölkerung erkennen lässt: „Es kommt nun darauf an, alle Maßnahmen mit größter Beschleunigung durchzuführen, unter Beiseitelassung aller Formalien und unter bewusster Ausschaltung von besonderen Gerichten. Bei der ganzen Sachlage ist dies Sache der Truppe und nicht von ordentlichen Gerichten. Sie kommen für Bestien und Mörder nicht in Frage." Allein in den ersten Wochen der Besetzung, so griechische Schätzungen, sollen mindestens 2000 Zivilisten getötet worden sein. Bis Kriegsende stieg ihre Zahl auf etwa 10.000 an. Aber davon ist weder auf den Websites der „Kameradschaft Fallschirmjäger-Denkmal" noch auf denen des „Bund deutscher Fallschirmjäger" (BDF), dem bisherigen Pächter des Geländes, etwas zu lesen. Kein Wort zu der Ermordung der männlichen Bevölkerung des Dorfes Kondomari am 2. Juni 1941 durch deutsche Fallschirmjäger oder zu der Erschießung von fast 500 BewohnerInnen der Gemeinde Viannos, zumeist Frauen und Kinder, am 14. September 1943. Ebensowenig wie zu der Beteiligung der Wehrmacht am Genozid der kretischen JüdInnen.

Am 12. Mai 1944 war die Weisung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, ergangen, die JüdInnen auf Korfu und Kreta beschleunigt zu internieren und zu deportieren. Die Wehrmacht erließ daraufhin Befehl zur Erfassung und Verhaftung der jüdischen Bevölkerung, stellte Transportmittel bereit und vielfach auch das Bewachungspersonal für die Deportationen. Mitte Mai 1944 erhielt Fallschirmjäger-General Bruno Bräuer schließlich die Weisung, alle Jüdinnen der Stadt Chania festzunehmen. In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai umstellten seine Einheiten das jüdische Viertel der Stadt. Alle BewohnerInnen hatten sich binnen 15 Minuten vor ihrem Haus einzufinden. Wer sich versteckte oder zu fliehen versuchte, wurde auf der Stelle erschossen. Nur vier der in Chania lebenden JüdInnen entkamen der nächtlichen Menschenjagd. Die übrigen wurden am 5. Juni auf einen Frachter gebracht, der auf der Überfahrt von Chania zum griechischen Festland sank. Ende Juli 1944 ging der letzte Transport mit griechischen JüdInnen von Rhodos in die Gaskammern nach Auschwitz. Insgesamt wurden fast 85 Prozent der jüdischen Bevölkerung Griechenlands, etwa 60.000 Menschen, ermordet.

Der Heldenverehrung scheinen diese Greueltaten und Kriegsverbrechen jedoch keinen Abbruch zu tun. In einem Nachruf auf den in Kreta eingesetzten Chef des 9. Fallschirmjäger-Sturmregiments und späteren Oberst der Bundeswehr, Rudolf Witzig, bemüht der derzeitige Vorsitzende des BDF, Heinz Bliss, sogar die germanische Edda: „Besitz stirbt, Sippen sterben, du stirbst wie sie. – Eines weiß ich, was ewig lebt – der Toten Tatenruhm." Und der müsse wachgehalten werden, wie er in seiner Rede anlässlich der Kommandoübergabe der Bundeswehrbrigade 26 am 22. September 2000 in Saarlouis unterstrich: „...stelle aber fest, dass wir uns als Glied in der Kette der stolzen Familie der Männer mit dem stürzenden Adler fühlen. Diese Familie wurde 1935 gegründet und weitergetragen durch Kameraden wie die Generale Kroh und Gehricke, die Obristen Witzig, Herrmann und Gentz in die Bundeswehr." „Die alten Adler", so fügt er in einer Rückbetrachtung auf diese Rede hinzu, „haben ihre Pflicht getan, wie es der Fahneneid verlangte".

Doch selbst vor den Hauptverantwortlichen des Terrors auf Kreta und verurteilten Kriegsverbrechern wie General Kurt Student oder Bruno Bräuer macht diese Form der Heldenverehrung und Traditionspflege nicht halt – bis in die Kasernen der Bundeswehr hinein. Ausdruck dafür war nicht zuletzt der Einsatz von Soldaten der Saarlandbrigade zur Instandhaltung des Denkmals in Chania im Jahre 1998.

Die entsprechende Signalwirkung bleibt nicht aus. Rechte Vorfälle, gerade bei Spezialeinheiten wie den Fallschirmjägern, nehmen seit Jahren kontinuierlich zu. Das Diskussionsforum auf der Website „Deutsche Fallschirmjäger" musste zeitweilig abgeschaltet werden, weil sich nazistische Einträge häuften. Nun ist es mit einem Vorwort versehen, wonach entsprechende Beiträge nicht weiter geduldet würden.

→

Als der Jacques mit dem Jean-Marie...

Ein Journalist der konservativen Tageszeitung *Le Figaro*, Eric Zemmour, hat es geschafft, ein wenig Pfeffer auf politische Wunden der jüngeren Vergangenheit zu streuen und dadurch den französischen Vorwahlkampf zu beleben. In seinem am 17. Januar 02 erschienenen Buch über Jacques Chirac – das den Titel „L'homme qui ne s'aimait pas" trägt und die Karriere des aktuellen Insassen des Elyséepalasts nachzeichnet – enthüllt der Spezialist für französische Innenpolitik, dass Chirac im Jahr 1988 den rechtsextremen Politiker Jean-Marie Le Pen heimlich getroffen habe. Und zwar, das gibt der Sache ihren Reiz, zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahl von Ende April und Anfang Mai 1988.

Beide Politiker, der Bürgerliche Jacques Chirac und der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen, waren damals und sind heute Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl; für dieses Jahr ist der Wahltermin nunmehr endgültig auf den 21. April und 5. Mai festgelegt worden. Dem Figaro-Journalisten zufolge soll dabei Chirac – der dann im entscheidenden zweiten Wahlgang, also in der Stichwahl zwischen den zwei aussichtsreichsten Kandidaten, durch François Mitterrand geschlagen wurde – den Chef des Front National um „diskrete Unterstützung" gebeten haben. Die hatte er auch nötig: Chirac hatte im ersten Wahlgang am 24. April 1988 nur 19,9 Prozent der Stimmen erhalten, ein weiterer bürgerlicher Kandidat – Raymond Barre – hatte ihm Konkurrenz gemacht und 16,5 Prozent auf sich vereinigt.

Und Jean-Marie Le Pen hatte 14,4 Prozent erzielt – und damit seinen bisher größten Wahltriumph gefeiert.

Den Rest hat Le Pen dem Journalisten und Buchautor bei einem privaten Treffen im Januar 2001 folgendermaßen berichtet : „Chirac war sehr nervös. Er scharrte mit den Füßen. Er rauchte Zigarette auf Zigarette. Es war ihm peinlich. Und seine Peinlichkeit war mir peinlich. Er sagte zu mir : ‚Ich kann Ihnen keine politischen Konzessionen machen.' Ich antwortete ihm, dass man unter diesen



Jean-Marie Le Pen

Bedingungen nichts machen könne. Er forderte mich auf : ‚Helfen Sie mir, aber sprechen Sie bloß keine Wahlempfehlung für mich aus.'"

Das Treffen fand demnach in der Wohnung des Generals Pierre Guillain de Bougainville statt, der im Dezember 2001 verstarb, und wurde durch Chiracs damaligen Innenminister – den konservativen Rechtsaußen Charles Pasqua – eingefädelt. Der Autor Eric Zemmour hat im Übrigen, im Zuge der Arbeit an seinem Buch, auch Pasqua mehrfach getroffen. Folgt man Zemmour, der sich auf Angaben von Pasqua stützt, dann hat ein zweites Treffen stattgefunden. Bei dem hätten die Teams der beiden Politiker „die Formel zur wenig auffälligen Unterstützung" zugunsten des Elysée-Kandidaten Chirac ausgehandelt.

Tatsache oder Legende? Fakt und in den Archiven nachlesbar ist jedenfalls, dass Jean-Marie Le Pen in seiner Rede auf der Demonstration des Front National zum 1. Mai 1988 – in jenem Jahr versuchte die Partei erstmals, den Arbeiterfeiertag zum Aufmarschtag für die „Nationalheilige" Jeanne d'Arc umzufunktionieren – den Slogan ausgab : „Nein, nein, nein, keine Stimme für François Mitterrand."

Und im folgenden führte er aus : „Diejenigen, für die das Wichtigste ist – und es stimmt, dass es das ist, was zählt – Mitterrand und den Sozialismus zu verhindern, diejenigen werden für den übriggebliebenen Kandidaten votieren." Anders ausgedrückt: für Jacques Chirac.

Am 5. Mai 1988 suchte die Chirac-Regierung dann autoritäre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, indem Innenminister Charles Pasqua drei Tage vor dem alles entscheidenden Wahlgang die berühmt gewordene „Grotte von Ouvéa" stürmen ließ. Es handelt sich um eine Höhle auf der durch Frankreich kolonisierten Insel Neukaledonien, in welcher sich melanesische Unabhängigkeitskämpfer verschanzt hatten, die einige französische Gendarmen als Geisel hielten. Pasqua suchte an diesem politisch brisanten Datum die Kraftprobe, und ließ das Feuer eröffnen. Resultat: zwei Gendarmen und 19 melanesische Neukaledonier kamen zu Tode. Doch am 8. Mai 1988 verlor Chirac, in einem Kräfteverhältnis von 45 zu 55 Prozent, die Wahl gegen Amtsinhaber François Mitterrand. Letzterer löste daraufhin das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus, die im Juni 1988 stattfanden. Bei diesen verweigerte Chirac, als Chef des bürgerlichen Lagers, jede Listenverbindung mit den Rechtsextremen, die deswegen – die konservative Regierung Chiracs hatte 1986 das Mehrheitswahlrecht eingeführt – ihrer Parlamentsfraktion beraubt wurden. Jean-Marie Le Pen scheint seitdem, und mit fortschreitender Altersstarrheit, nur noch ein Ziel zu kennen: Sich an Chirac zu rächen. Am 1. Mai 1995, der wiederum zwischen zwei Durchgänge der Präsidentschaftswahl fiel, gab er diesmal die Formel aus : „Chirac, c'est Jospin en pire" (Chirac ist das Gleiche wie Jospin, nur schlimmer). Und für die Wahl 2002 lässt er ebenfalls seine Präferenzen durchblicken – und träumt davon, Chirac verlieren zu lassen, falls er das Bündnis mit ihm (was absolut zu erwarten ist) verweigert.

Der Ex-Innenminister und aktuelle nationalpopulistische Präsidentschaftskandidat Pasqua hat mittlerweile bestätigt, das damalige Zusammentreffen eingefädelt zu haben. In den Spalten des ‚Figaro' (22.1.02) erklärte er: „Ich war nicht nur dabei, ich habe es organisiert !"

Chirac seinerseits leugnet. Le Pen – der die Zusammenkunft ebenfalls öffentlich bestätigte – kommentierte dies mit den Worten, der in Korruptionsaffären verwickelte, aktuelle Präsident sei „nicht nur ein Dieb, sondern auch ein Lügner".

Bernhard Schmid, Paris ■

Dem baufälligen Denkmal in Chania wird diese deutsche Normalität wohl nicht mehr zur Rettung verhelfen. Und auch das Vorhaben der „Kameradschaft Fallschirmjäger-Denkmal", notfalls „die Restteile des Denkmals zu sichern" um dann einen neuen „geeigneten Platz für den Wiederaufbau des Denkmals zu finden", scheint wenig Perspektive zu haben. Diskutiert doch die Gemeinde Nea Kidonia derzeit darüber, ob sie den Ort nicht im Rahmen einer kretisch-deutschen Initiative zu einem „Ort der Völkerverständigung und des Antimilitarismus umwandet", wie Nikos Apostolakis der „jungen Welt" gegenüber sagte.

Carsten Hübner ist Mitglied der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag.

i *Informationen zu den bisherigen Aktivitäten gegen das Denkmal sind über sein Bundestagsbüro zu erhalten: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: 030-22775831, Fax: 030-22776508, eMail: carsten.huebner@bundestag.de* ■

deportation.class stop! Lufthansa verliert Prozess

FRANKFURT. Mit Urteilsverkündung vom 1. Februar 2002 hat das Landgericht Frankfurt alle Teile einer Verfügung aufgehoben, mit der Lufthansa im November 2001 die Nutzung eines Kleinbusses mit der Aufschrift „Lufttransa Deportation Class" im öffentlichen Raum hat untersagen lassen.



Silke Wagner, Künstlerin aus Frankfurt, sowie Hagen Kopp, Aktivist der „deportation class stop!"-Kampagne kündigten unmittelbar nach dem Urteil an, dass der Bus wieder zum Einsatz komme. „Wir planen nun eine Städtetour mit unserem Bus. Lufthansa stellt nach wie vor ihre Flugzeuge für Abschiebungen zur Verfügung, und ihr Vorstand soll merken, dass sich unser Protest gegen diese deportation-class eher ausweitet, wenn sie uns mit Verboten und Prozessen überziehen".

Im mündlichen Verfahren am 25.1.02 hatten Lufthansa-Anwälte verzweifelt geltend zu machen versucht, dass der englischsprachige Begriff „deportation" eine Assoziation mit der Deportationspolitik in der NS-Zeit beabsichtige und deshalb, vor allem bei einer Benutzung im öffentlichen Raum, als besonders Ruf schädigend einzuschätzen und zu untersagen sei. Auf Nachfrage mussten sie allerdings einräumen, dass Lufthansa bei Abschiebungen als Bezeichnung für die Betroffenen selbst den Begriff des „deportee" verwende. Insofern und auch weil es sich schließlich um eine internationale Kampagne mit durchgehend englischsprachigen Begriffen handelt, war schon in der Verhandlung absehbar, dass das Gericht der Lufthansa Argumentation nicht folgen würde.

„Ich konnte mir nicht vorstellen, dass die künstlerische Freiheit dermaßen eingeschränkt werden kann," kommentiert Silke Wagner das Urteil. Die Verfügung gegen sie war vollständig aufgehoben worden, und sie wird den Bus und die damit durchgeführten politisch künstlerischen Performances in den nächsten Monaten weiter in Kunstausstellungen präsentieren.

Gegen Hagen Kopp hatte das Landgericht die Verbotsverfügung zur Nutzung des Busses im öffentlichen Raum ebenfalls aufgehoben, aber einen zweiten Teil der Verfügung aufrecht erhalten. Bezugnehmend auf einen Einfahrtsversuch in das Lufthansa-Betriebsgelände bleibt es untersagt, ohne Sondererlaubnis mit dem Bus auf Lufthansa-Gelände zu fahren.

„Das allerdings," so Kopp, „ist ohnehin nicht beabsichtigt. Aber Lufthansa wird sich in Zukunft vermehrt mit der Anwesenheit des ‚Abschiebebusses' vor ihren Toren und Veranstaltungen konfrontiert sehen."

Weitere Informationen: http://www.aktivgegenabschiebung.de/lufttransa.html Pressemitteilung 1.2.2002, kein mensch ist illegal, Hagen Kopp ■

Green Card für ausländische Prostituierte!

FRANKFURT. Nach dem Beschluss der Bundesregierung vom 19.12.01 ist Mitte Februar 2002 mit der Legalisierung der bislang illegalen Beschäftigung osteuropäischer Haushaltshilfen zu rechnen. Doña Carmen, eine in Frankfurt ansässige Prostituiertenorganisation, nimmt diesen Vorgang zum Anlass, in einem Offenen Brief an Minister Riester mit Nachdruck auf die Dringlichkeit und Berechtigung einer für alle Seiten vorteilhaften Green-Card-Regelung für ausländische Prostituierte hinzuweisen.

In der Beschäftigung bislang illegaler ausländischer Haushaltshilfen und der zumeist illegal hier tätigen ausländischen Prostituierten bestehen bekannterweise gleiche strukturelle Bedingungen, die notwendigerweise gleichgerichtete Konsequenzen zur Folge haben müssen.

Beide Male geht es um die Lösung eines gesellschaftlichen Problems, für das polizeiliche Mittel mittlerweile unangemessen sind (Größenordnung der Legalisierung in beiden Fällen rund 100.000 Personen). Beide Male schließt die Beschäftigung ausländischer Frauen eine Lücke, die durch deutsche Beschäftigte nachweislich nicht geschlossen werden kann (nach massiven Bordellrazzien und der Vertreibung von rund 1000 Frauen sind Frankfurter Bordelle nur noch zu 50% ausgelastet – FR, 22.12.01). Beide Male handelt es sich um bereits im Lande befindliche, von der Bevölkerung anerkannte Personengruppen, die im Unterschied zu IT-Spezialisten nicht erst ins Land geholt werden müssen. Beide Male geht es um eine gesellschaftlich wünschenswerte Abschaffung der Grauzone von Illegalität und um die Verbesserung der sozialen Lage der Betroffenen (Sozialversicherung und Unfallschutz). Beide Male besteht ein akuter Handlungsbedarf. Deshalb fordert die in Frankfurt/Main ansässige Prostituierten-Lobbyorganisation Doña Carmen Minister Riester auf, Konsequenz an den Tag zu legen und die längst überfällige Green Card für ausländische Prostituierte per Änderung der Anwerbestoppausnahmeverordnung ebenso unbürokratisch auf den Weg zu bringen wie im Falle ausländischer Haushaltshilfen. Dies empfiehlt sich auch schon deshalb, weil ausländische Prostituierte von sämtlichen angekündigten Verbesserungen des neuen bundesdeutschen Prostituiertengesetzes bedauerlicherweise ausgenommen wurden.

Jeder Verzicht auf eine von Bordellbetreibern am Arbeitsamt zu beantragende Green Card müsste als Festhalten an der herkömmlichen Diskriminierung von Prostitution und als regierungsamtliche Doppelmoral gewertet werden, so Doña Carmen. Und die isolierte Bewilligung der Green Card allein für Haushaltshilfen erschiene dann als Gefälligkeits- und Klientelpolitik gegenüber der Bundesregierung politisch nahestehenden Kreisen.

aus PM Doña Carmen, 23.1.02, udi ■

2 Jahre „Landesunterkunft für Ausreisepflichtige" (LufA) in Ingelheim

RHEINLAND-PFALZ. Eine sofortige Schließung des „Modellprojektes Landesunterkunft für Ausreisepflichtige" fordert der Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz von der Landesregierung: „Die Zielsetzung des Modellprojekts ist es, durch eine Kombination von ausländischer Beratung und psychosozialer Betreuung die freiwillige Ausreise von abgelehnten Flüchtlingen zu erreichen. Flüchtlinge werden unter Druck gesetzt und sollen die Aussichtslosigkeit ihrer Situation erkennen. Diese Behandlung ohne zeitliche Begrenzung verstößt ge- →

gen das Gebot der Menschenwürde und verletzt die Menschenrechte der hier zwangsweise Untergebrachten.

Das Modellprojekt ist gescheitert, weil es seine Ziele nicht erreicht: Lediglich in drei Fällen sind Flüchtlinge ausgereist, dazu kommen einige Abschiebungen. Um dies zu erreichen, wurden weit mehr als 200 Flüchtlinge aus ihrem sozialen Umfeld gerissen, haben ihre Wohnung aufgeben müssen, viele haben ihre Arbeit verloren. Die meisten Flüchtlinge tauchen unter oder halten sich tatsächlich nicht in der LufA auf. Das Modellprojekt fördert somit die Illegalisierung statt der freiwilligen Ausreise. Die in Ingelheim lebenden Flüchtlinge sind dauerhaft massiven Einschränkungen unterworfen: Nur ein Dach über dem Kopf und täglich drei Mahlzeiten werden ihnen garantiert. In vielen Einzelgesprächen haben die Mitarbeiter der Humanitären Hilfe in Ingelheim in den vergangenen Monaten festgestellt, wie die Menschen dort leiden. Nicht wenige sind körperlich und seelisch krank geworden, alle beklagen den Verlust jeglicher Perspektive.

Bei einer kritischen Bilanz muss die Landesregierung auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit zum Schluss kommen, dass die Einrichtung geschlossen wird: Der massive personelle Auswand und die immensen Kosten sind durch nichts zu rechtfertigen."

PM AK Asyl Rheinland-Pfalz ■

Das „Modellprojekt Identitätsfeststellung" – Projekt X

Seit 1998 führt das Land Niedersachsen das „Modellprojekt für die Beschaffung von Heimreisedokumenten für Ausländer mit ungeklärter Staatsangehörigkeit" durch. In einer Arbeitsgruppe der Innenminister der Bundesländer (der „AG Rück"), in der u.a. Maßnahmen zur Effektivierung von Abschiebungen abgelehnter Flüchtlinge entwickelt werden, hatte Niedersachsen die Durchführung dieses Modellversuchs angeboten. Mit ihm demonstriert das Land Niedersachsen außerdem die Einsatzmöglichkeiten (und damit den Missbrauch) des Leistungsrechts als Vertreibungsinstrument.

Auf eigene Kosten nimmt das Land Niedersachsen in diesem Modellversuch seit April 98 abgelehnte, geduldete Flüchtlinge aus den Kommunen wieder in die ZASten Braunschweig und Oldenburg auf, für die Reisepapiere zur Abschiebung fehlen und denen unterstellt wird, diese vernichtet oder versteckt und ein falsches Herkunftsland für Passersatzpapiere angegeben zu haben. 100 Plätze bietet das Land Niedersachsen den Kommunen an, je 50 in den ZASten Oldenburg und Braunschweig für die Zwangseinweisung so genannter Identitätsverschleierer. Zielbestimmung des Modellprojekts ist laut Nds. Innenministerium die „Durchsetzung der Ausreisepflicht. (...) Deswegen würden sie (die Flüchtlinge) auf unbestimmte Zeit in die Aufnahmestellen gebracht, in denen gut geschultes Personal auf sie einwirkt, damit sie ihren Widerstand aufgeben" (Frankfurter Rundschau vom 22.10.1999). Aus dieser nüchternen Formulierung gehen Charakter und Methodik des Modellversuchs nicht hervor, wohl aber aus der Begründung, mit denen Flüchtlingen in gleichlautenden Schreiben die Zwangseinweisung in das Modellprojekt Identitätsklärung angekündigt wird:

„Sie sind nicht im Besitz von Passpapieren, und daher kann der zu Ihrer Aufnahme verpflichtete Staat nicht festgestellt werden. ... Dieses Ereignis erfordert intensive behördliche Maßnahmen zur Beschaffung der zu Ihrer Ausreise erforderlichen Unterlagen. Die nunmehr in o.g. Einrichtung durchgeführten Maßnahmen zur Passersatzbeschaffung dulden keinen Aufschub, da Sie kein Recht mehr haben, sich in Deutschland aufzuhalten und sie darüber hinaus Ihren Lebensunterhalt aus öffentlichen Mitteln bestreiten und dadurch über Ihren unrechtmäßigen Aufenthalt hinaus eine besondere Belastung für das Land darstellen."

Intern wird der Modellversuch „Projekt X" genannt, da er angeblich auf einer Besprechung der Bezirksregierungen als Tagungsordnungspunkt (römisch) „10" auftauchte. Die Bezeichnung ist inhaltlich treffend, weil sie die Funktionsweise des Modellversuchs kennzeichnet: Das Projekt X „durchkreuzt" die Integration der Flüchtlinge und lässt ihnen keine Perspektive. Der Aufenthalt im Projekt X ist unbefristet, einziger Ausweg für die Flüchtlinge ist die Abschiebung, Ausreise oder die Illegalität. Der Modellversuch setzt auf den Einsatz psychologischen Drucks, die zwangseingewiesenen Flüchtlinge werden „zermürbt", um an ihrer Abschiebung mitzuwirken, „freiwillig" auszureisen, identitätsbelegende Papiere zu beschaffen oder aber abzutauchen.

Als Zermürbungs-Instrumentarien werden folgende Maßnahmen angewandt:

- Einschränkung der Bewegungsfreiheit (per Auflage) auf einen extrem kleinen Radius (Stadtgebiet)
- völliger Entzug der Geldleistungen („Taschengeld") mit Verweis auf §1a AsylbLG per Erlass des Innenministeriums vom 28.5.99
- völlige Beschäftigungslosigkeit: Verbot von Deutschkursen, Verbot von gemeinnütziger Arbeit mit Erlass vom 28.5.99
- Reduzierung der „unabweisbaren Leistungen" auf drei (kohlenhydratdominierte) Mahlzeiten am Tag, eine Pritsche im Mehrbettzimmer und die ärztliche Grundversorgung in der ZASt
- regelmäßige Verhöre: bis zu zwei Mal wöchentlich Befragungen („Interviews" genannt) mit jeweils gleichem Inhalt (Fragen zum Herkunftsland, zur Identität etc.)





Fotos: Containerlager in Köln-Kalk, Ausgabe der Sammelverpflegung arbeiterfotografie Köln

- Zerstörung aller Vertrauensbeziehungen: Einbinden von SozialarbeiterInnen und DolmetscherInnen in das Aufspüren von Hinweisen auf ein anderes Herkunftsland
- Zerstörung der Intimsphäre: unregelmäßige Zimmerdurchsuchungen auf der Suche nach Papieren, persönlichen Briefen oder anderen Dokumenten, die Auskunft über Herkunftsländer geben könnten. Gefundenes Geld, Handys u.a. werden konfisziert
- Schein-Illegalisierung: Verweigerung einer Duldung, so dass Betroffene ohne Identitäts- und Aufenthaltsnachweis sind. Manche Flüchtlinge besitzen nichts als die Essens-Ausgabe-Karte der ZASt, um

sich bei Kontrollen auszuweisen (laut Auskunft der Bezirksregierung Weser-Ems, Dekanat Rückführung in Blankenburg, nur in Braunschweig praktiziert). Der serienmäßige Eintrag in Duldungen „Gilt als Ausweisersatz“, wird bei denjenigen Flüchtlingen in Braunschweig, die eine Duldung ausgestellt bekommen haben, per Hand geschwärzt.

◗ Kriminalisierung: Einige Ausländerbehörden erstatten gegen Flüchtlinge, die in das Modellprojekt eingewiesen werden, Anzeige wegen mittelbarer Falschbeurkundung („falsche Identitätsangaben“). Da ein Anwalt mangels Geld nicht zu finanzieren ist, kann weder Widerspruch eingelegt noch ggf. ein verhängtes Bußgeld bezahlt werden. Die Folge: Strafhaft. Ebenso bei Bußgeldern wegen fehlender Fahrscheine (nachdem ihnen sämtliche Geldleistungen gestrichen wurden, verfügen die Flüchtlinge über kein Geld für Bustickets, um von dem jeweils außerhalb der Stadt gelegenen ZASt-Gelände in die Stadt zu fahren).

Schrittweise Verschärfung während des Projekts

In mehreren Schritten hat das Niedersächsische Innenministerium (Nds. MI) per Erlass die Kriterien für die Zwangsverlegung von Flüchtlingen in das Modellprojekt und die dort angewandten Sanktionsmöglichkeiten erweitert und den Druck auf die Flüchtlinge damit verschärft:

◗ Während die Flüchtlinge im Modellprojekt (auf Betreiben der Flüchtlingssozialberatung in den ZASten) zunächst noch einen gekürzten „Taschengeld“-Betrag erhielten, schrieb das Niedersächsische Innenministerium mit Erlass vom 28.5.1999 fest, dass dieser zu streichen ist: Die Flüchtlinge hätten wegen ihrer „Verweigerung der Mitwirkung ... in der Regel den Anspruch auf den Barbetrag ... verwirkt“. Die Bezirksregierung Weser-Ems, Dekanat Rückführung in Blankenburg, hatte sich nach eigenen Angaben dafür eingesetzt, weiterhin ein Taschengeld zu bezahlen – allerdings u.a. auch deshalb, um im Projekt selbst noch über Sanktionsmöglichkeiten zu verfügen.

◗ Ebenfalls per Erlass vom 28.5.1999 wurden den Flüchtlingen im Projekt X Deutschkurse und die Teilnahme an Freizeitangeboten verboten, denn diese dienten der Integration und könnten „ggf. eine Verfestigung der `Verweigerungshaltung´ zur Folge haben“. Etwaige Lockerungen der Sanktions-Daumenschrauben durch die Verantwortlichen in der ZASt wurden rigoros untersagt: Die Sanktionen seien auch aufrechtzuerhalten, „wenn die im Rahmen des Modellprojekts in den ZASten befindlichen Ausländer während ihres Aufenthalts sich scheinbar kooperationsbereit zeigen“. Festgeschrieben wurde in dieser zweiten Repressionsstufe damit eine Situation der Ausweglosigkeit, die sich dem Einfluss der Flüchtlinge völlig entzieht, denn begründet wurde ihre Zwangs-Einweisung in das Modellprojekt damit, dass sie nicht kooperationsbereit seien. (Zitate aus dem Schreiben des Nds. MI an die Bezirksregierungen Weser-Ems und Braunschweig vom 28.5.99)

◗ Innerhalb der bislang mehr als zweijährigen Dauer wurde die „Zielgruppe“ für die Einweisung in den Modellversuch mehrfach ausgeweitet. Mit Rundverfügung der Bezirksregierung Braunschweig vom 9.6. 2000 wurde der Katalog von Herkunftsländern aufgehoben, deren Staatsangehörige bisher nicht in den Modellversuch eingewiesen werden sollten („Negativländerkatalog“). Jetzt sollen Flüchtlinge aus allen Herkunftsländern in den Modellversuch eingewiesen werden können, selbst aus Ländern wie z.B. Libanon und Syrien, wo KurdInnen nicht als StaatsbürgerInnen anerkannt und ihnen deshalb auch keine Papiere ausgestellt werden oder aus Ländern, in die z.Zt. keine Abschiebungen durchgeführt werden können. Als einziges Einweisungskriterium gilt seit dem Sommer 2000 ein erfolglos abgeschlossenes Passersatzantragsverfahren, und selbst dieses Kriterium lässt noch Ausnahmen zu: Flüchtlinge, die angeblich durch „Verweigerungshaltung den Abschluss des ersten Passersatzantragsverfahren“ verhindert hätten und aus Ländern kommen „wie zum Beispiel Libanon und Syrien, wo bekanntermaßen ein Passersatzantrag ohne Identitätsnachweis sinnlos ist“, können auch ohne einen ersten Versuch der Ausländerbehörden, Reisepapiere zu beschaffen, eingewiesen werden.

◗ Ebenfalls ausgehebelt wurde der Schutz von Familien: Anfangs wurden nur alleinstehende Männer in den Modellversuch aufgenommen, seit Mitte 98 dann auch alleinstehende Frauen und kinderlose Ehepaare. Nach der Rundverfügung vom Juni 2000 sind jetzt auch Ehepaare und Familien mit erwachsenen, nicht schulpflichtigen Kindern nicht mehr vor einer Zwangseinweisung geschützt.

◗ Laut der Rundverfügung der Bezirksregierung (9.6.2000) bieten schließlich auch Arbeitsverhältnisse keinen Schutz mehr vor Zwangseinweisungen. Mit Erlass vom 24.8.2000 hat das Nds. Innenministerium ausdrücklich klar gemacht, dass jetzt auch Flüchtlinge eingewiesen werden sollen, die Arbeit haben und diese durch eine Verlegung in das Projekt verlieren (so bei mehreren Flüchtlingen schon geschehen). Verwaltungsrechtliche Vollzugshinweise auf den §1a AsylbLG werden mitgeliefert: „Dabei steht eine Erwerbstätigkeit der Aufnahme in die ZAST nicht entgegen, da es in derartigen Fällen sachgerecht ist, die Erwerbstätigkeit durch eine entsprechende Auflage zur Duldung zu untersagen“. (Niedersächsisches Innenministerium an die Bezirksregierungen, 24.8. 2000). Im ersten Erlass zum Modellprojekt vom 6.2.1998 gehörten erwerbstätige Flüchtlinge zu den Flüchtlingsgruppen, die von einer Einweisung in das Projekt X explizit ausgenommen wurden. Indem den Flüchtlingen die Arbeitserlaubnis entzogen wird, schafft das Innenministerium nunmehr sogar die Voraussetzungen selbst, mit denen die Zwangseinweisung in den Modellversuch von behördlicher Seite legitimiert wird: Aus ihren Jobs vertrieben, müssen die Flüchtlinge „ihren Lebensunterhalt aus öffentlichen Mitteln bestreiten und dadurch über ihren unrechtmäßigen Aufenthalt hinaus eine besondere Belastung für das Land darstellen.“ (s.o.)

◗ Schließlich beschneidet das Nds. Innenministerium im Modellversuch auch noch den Rechtsweg. Die Flüchtlinge können gegen ihre Zwangseinweisung in den Modellversuch keinen Widerspruch mehr einlegen, sondern nur noch klagen. „Den Ausländerbehörden wird damit die Möglichkeit eröffnet, insbesondere um eine Beschleunigung des Verfahrens zu erwirken, auf ein vorgeschaltetes Widerspruchsverfahren zu verzichten und in der Rechtsbehelfsbelehrung zur Erteilung einer wohnsitzbeschränkenden Auflage auf die Klage zu verweisen.“ (Dienstbesprechung mit den Bezirksregierungen und dem LKA am 4.Nov. 1999, TOP 13, Protokoll des MI). Das Innenministerium stützt sich dabei auf die Rechtsansicht einer einzigen Kammer des Verwaltungsgerichts Hannover, obwohl sogar diese Kammer in ihren Beschlüssen ausdrücklich auf die Divergenz zur obergerichtlichen Rechtsprechung hinweist. Für einen hier zur Debatte stehenden Rechtsbehelf gegen eine wohnsitzbeschränkende Auflage ist aber laut Oberverwaltungsgericht Lüneburg gemäß Beschluss vom 3.12.99, der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht folgend, nicht die Klage, sondern der Widerspruch der rechtlich zutreffende Rechtsbehelf.

Fazit

Damit hat das Niedersächsische Innenministerium innerhalb von zwei Jahren nicht nur den Repres sionskatalog im Modellversuch zur sogenannten Identitätsklärung so weit verschärft, dass nur noch – bei gleichzeitig steigendem psychischen Druck – das nackte körperliche Überleben gesichert ist. Darüber hinaus hat es den Personenkreis der potenziell von Einweisung in das Modell X betroffenen Flüchtlinge beträchtlich erweitert: Nach zwei Jahren Modellversuch sind alle Flüchtlinge mit Duldung, die keinen

Pass besitzen, von einer Zwangseinweisung in das Zermürbungsmodell bedroht - nur Familien mit schulpflichtigen Kindern bleiben noch ausgenommen. Angesichts der bisherigen Entwicklungen ist allerdings unklar, wie lange noch.

Dass jetzt selbst Flüchtlinge aus Ländern in den Modellversuch eingewiesen werden sollen, für die es anerkanntermaßen keine Reisepapiere geben kann oder in deren Herkunftsland überhaupt keine Abschiebung möglich ist, macht zweierlei deutlich:

1. Mit einer Einweisung in das Projekt X sollen zukünftig nicht nur solche Flüchtlinge bestraft werden, die sich weigern, bei den Botschaften ihrer Herkunftsländer vorzusprechen und dort Passpapiere zu beantragen. Der Katalog der Anforderungen an die Betroffenen zur Mitwirkung bei ihrer eigenen Abschiebung wird erweitert auf Tätigkeiten zum Nachweis der eigenen Identität (z.B. Briefe an Verwandte im Herkunftsland zwecks Beschaffung von Urkunden, eigenständige (telefonische) Vorsprache bei den Behörden des Herkunftslandes etc.). Damit wird einer Praxis Tür und Tor geöffnet, unbequeme Flüchtlinge unter Hinweis auf ihre angeblich fehlende Mitwirkung bei der Beschaffung von Papieren in das Modell X abzuschieben.

2. Es spielt für das Innenministerium offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle, ob es überhaupt theoretisch möglich ist, Passersatzpapiere zu beschaffen und damit eine Abschiebung zu exekutieren. Der wesentliche Effekt des Modellversuchs besteht darin, Flüchtlinge, die aufgrund fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können, in die Illegalität zu treiben. Dies bestätigen die vom Innenministerium vorgelegten Zahlen: Nach mehr als zwei Jahren Dauer wurde das erklärte Ziel des Modellversuchs bei weniger als einem Viertel (22 %) der Zwangseingewiesenen erreicht. Bei 51 der 226 Flüchtlinge spricht das Niedersächsische Innenministerium von geklärter Identität, „da die Ausländer ihre wahren Personalien angaben bzw. durch Nachbereitung der Ausländerakten sich Anhaltspunkte ergaben, die zur entsprechenden Klärung führten“ (Niedersächsisches Innenministerium, 29.9. 2000: Aktualisierung der Ergebnisse. Stand der genannten Zahlen: 31.8. 2000). Nur 19 Flüchtlinge wurden auf dieser Grundlage abgeschoben oder reisten „freiwillig“ aus. Das widerlegt die These, die passlosen Flüchtlinge hätten es durch Verschleierung der Identität selbst zu „verantworten“, dass sie nicht abgeschoben werden könnten. Insgesamt sind es weniger als zehn Prozent aller Modellversuch-TeilnehmerInnen, bei denen das Niedersächsische Innenministerium, gemessen an der offiziellen Zielvorgabe „Durchsetzung der Ausreisepflicht“, einen „Erfolg“ verbuchen konnte.

Knapp die Hälfte (47 %) der bislang 226 dem Modellversuch zugewiesenen Flüchtlinge aber verschwand nach angekündigter oder vollzogener Zwangseinweisung. 107 Menschen zogen ein Leben in der Illegalität den täglichen Diskriminierungen, Entwürdigungen und der chronischen Angst vor einer Abschiebung im Projekt X vor. Ein Teil der Flüchtlinge meldete sich nach einiger Zeit wieder bei den Behörden. 87 Menschen jedoch, 38 % aller Zwangseingewiesenen, blieben dauerhaft verschwunden. Für das Niedersächsische Innenministerium ein Erfolg, denn „der positive Ansatz besteht darin“, dass in diesen Fällen „zumindest keine Leistungen beim Sozialamt beantragt werden.“ (Frankfurter Rundschau v. 22.1. 1999). Auch die Bezirksregierung Braunschweig zeigt sich zufrieden: „Aufgrund der vorgenannten Erfolge sind derzeit verstärkte Aufnahmen von Neufällen möglich.“ (Rundverfügung vom 9.6.00)

Aus: Rundbrief des Niedersächsischen Flüchtlingsrates 72/72 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach

Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.



Wir hatten in der letzten Ausgabe über die Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman berichtet. Zeman hatte sich zu dem Verhältniss von Tschechien und Österreich geäußert und die Sudetendeutschen die „fünfte Kolonne Hitlers“ genannt. Das hat die Landesmannschaften empört und die „Vertriebenenabgeordneten“ im Deutschen Bundestag haben am 23. Januar 2002 eine Aktuelle Stunde beantragt, um wüste Hetzreden anzustimmen. Zeman würde die Rassenpolitik Edvard Benesch verteidigen und „Mörder von Sudetendeutschen“ würden mit „Billigung des tschechischen Gesetzgebers frei und unbestraft herumlaufen“. Der Deutsche Ostdienst hat die Bundestagsdebatte weitgehend dokumentiert.

Die Vertreter der Bundesregierung und die Abgeordneten von SPD, Grüne und FPD haben sich positiv auf die Deutsch-Tschechische Erklärung bezogen und ganz vorsichtig von Zeman distanziert, wobei der FDP-Abgeordnete Irmer noch einen wichtigen Hinweis brachte: „Viele tschechische Politiker haben einleuchtend erklärt, die Benesch-Dekrete entfalten heute keine Wirksamkeit mehr, sie seien in sich selbst Unrecht. Aber eine förmliche Aufhebung würde zu Problemen führen, genau so wie eine förmliche Aufhebung des Münchener Abkommens ex tunc für uns einen Rattenschwanz von rechtlichen Fragen nach sich zöge. Ich ziehe diese Parallele hier ganz bewusst. Wer die förmliche Aufhebung der Benesch-Dekrete verlangt, müsste auch bereit sein, das Münchner Abkommen ex tunc, das heißt von Anfang an, für null und nichtig zu erklären.“

Außenminister Fischer erinnerte daran, dass die schuldigen Wehrmachtsangehörigen bereits über alle Berge waren und „dass die Verbrechen im Rahmen der Vertreibung hauptsächlich Unschuldige getroffen haben: „Manche von ihnen sind nach 1945 in den Vertriebenenverbänden wieder aufgetaucht, was nicht heißen soll, dass in den Vertriebenenverbänden hauptsächlich ehemaligen Nazis waren.“ Dass sich der Bundestagsabgeordnete der PDS Wolfgang Gehrcke vom tschechischen Ministerpräsidenten distanzierte, war nicht nötig. Dass er den Schulterschluss der „Vertriebenenabgeordneten“ mit der Haider-Politik nicht scharf attackierte, sollte nachdenklich stimmen. Vielleicht bekommt er ja noch die Kurve. Immerhin erklärte er: „Was ich in dem Interview von Herrn Zeman bedenkenswert finde, ist die Warnung vor rechtspopulistischen Entwicklungen in Europa. Auch diese Warnung kann man mit Blick auf Österreich, mit Blick auf Italien und mit Blick auf Dänemark nicht einfach wegwischen.“ *DOD Nr. 5/2002 – jöd* ■

Schill-Partei wirbt bei CDU und anderen ab

Junge Freiheit Nr. 5/2002 vom 25. Januar

Hatte Schill zunächst angekündigt, seine Partei werde nur zum Bundestag kandidieren, wenn Angela Merkel Kanzlerkandidatin der Unionsparteien werde, hat sich die Beschlusslage der Partei nun geändert. Ein entgültiger Entschluss werde am 27. April auf einem Bundesparteitag gefasst, nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Inzwischen hat die Partei mit der ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten Gudrun Schnirch eine Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt. Sie war übergetreten, nachdem sie nicht erneut auf der Landesliste der CDU aufgestellt worden war. Der Landesverband behauptet: „Wir stehen mit sieben weiteren Landtags- und einem Bundestagsabgeordneten in aussichtsreichen Übertrittsverhandlungen."

Die Deutsche Partei unter Vorsitz des ehemaligen BFBlers und F.D.P.lers *Heiner Kappel* berichtet in der „Deutschland Post", die derselben Ausgabe der Jungen Freiheit beiliegt: „Der Bundesvorstand begrüßte auf seiner Sitzung am 20.1. die positive Antwort aus Hamburg. Dr. Kappel wurde beauftragt, den Kontakt zur Schill-Partei zu intensivieren und Möglichkeit einer zukünftigen Gemeinsamkeit näher zu erörtern." Dennoch ist die Partei mit der Kandidatur in Sachsen-Anhalt spät dran. Sie hat die Landesliste erst Anfang Februar aufgestellt.

NPD-Verbotsverfahren: Von Bülow greift Geheimdienste an

Junge Freiheit Nr. 6/2002
vom 1. Februar 2002

Mit einer zweiteiligen Interview-Serie (2. Teil in Nr. 7/2002) befasst sich das Blatt mit dem NPD-Verbotsverfahren. *Von Bülow* erklärt: „Inzwischen kann die Öffentlichkeit nicht mehr unterscheiden –was ist originär und was geht auf das Konto von agent provocateurs." Von Bülow behauptet zudem eine unentwirrbare Verquickung in- und ausländischer Geheimdienste. Zum Verbotsverfahren selbst erklärt er: „Ich war schon 1956 gegen das KDP-Verbot und bin heute genauso gegen das NPD-Verbot. Solche Parteien muss man politisch bekämpfen. Durch den Missbrauch von V-Männern/V-Frauen durch Geheimdienste können über Nacht Skandale ausgelöst werden, die Wahlkämpfe beeinflussen oder das Bild Deutschlands in der Welt beeinträchtigen sollen."

Die Kanzlerkandidatur Stoibers beobachtet das Blatt abwartend. *Carl Gustav Ströhm* beschreibt seine Erwartungen: „Letztlich müsste Stoiber begreifen, dass ihm kein noch so routinierter Boulevardschreiber helfen kann ... Warum hört man von Stoiber nichts über die geistig-politische Lage der Nation? Ohne eine seelische und moralische Gesundung kann es auch keinen materiellen Aufschwung geben." Das Blatt erwartet eindeutige Positionierung zur Einwanderungsfrage – auf jeden Fall eine eindeutige Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes.

Abschwung Ost – und der Graf von Schwerin

Junge Freiheit Nr. 7/2002
vom 8. Februar 2002

Sieben Sünden beim Aufbau Ost hat der Graf gefunden. Die Sünden haben alle einen Tenor: Der Machtapparat der ehemaligen DDR bestünde fort. 1. seien die „Funktionseliten" der DDR noch in Amt und Würden und die von ihnen eingerichtete Treuhandanstalt habe diese begünstigt; 2. Die „Ableitung von Transfermilliarden in andere Kanäle hat in erheblichem Umfang zur Entwicklung mafioser Strukturen beigetragen ..." 3. Die Beibehaltung der Junker-Enteignung; 4. „Bis heute werden Hunderttausende von kleinen und großen, durch Heimatverbundenheit und Eigentum hochmotivierte Investoren für die neuen Länder praktisch gesperrt. Offiziell sind das insgesamt immerhin 2,2 Millionen Restitutionsberechtigte." 5. Die Beibehaltung der „ungesunden Agrarstruktur", sprich die Fortführung der LPG in Agrargenossenschaften; 6. „Die versäumte und zunehmend hintertriebene Gleichbehandlung von SED- und NS-Opfern" und 7. „Die fehlende oder halbherzige Kontrolle über die jährlichen Milliarden-Transfers." Der Graf beklagt in Wirklichkeit, dass er das Junkereigentum seiner Familie nicht in seine Finger bekommt. Die Vernichtung von Betrieben und öffentlichen Strukturen durch bundesdeutsches Kapital ist ihm nicht aufgefallen. Dass Junkereigentum nicht zum Aufschwung Ost führt, dürfte ihm aus der Geschichte eigentlich hinreichend bekannt sein. *uld* ■

Deutsche Opferlogik in Dresden – Volkstrauertag mit Neo-Nazis

Alljährlich legen Rechtsextremisten am Vormittag des 13. Februar auf dem Dresdner Heidefriedhof ihre Kränze nieder. Jahr für Jahr marschieren dann abends Jung- und Alt-Nazis mit wachsender Teilnehmerzahl durch die sächsische Landeshauptstadt. Das bürgerliche Dresden hat damit keine Probleme. Trauern doch alle gemeinsam.

Für 2002 hat wiederum die "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" den braunen Marsch – mit anschließender Kranzniederlegung und Mahnwache am Denkmal der Trümmerfrau vorm Rathaus – von 18.30 Uhr bis 21.30 Uhr angemeldet. Treffpunkt für die Jung- und Alt-Nazis ist am 13. Februar hinter der Semperoper. Mobilisiert wird für diesen Nazi-Marsch im wohl bisher größten Stil. Zu erwarten sind zirka 1.000 Teilnehmer der braun-obskuren Veranstaltung, teilweise vermischt mit trauernden Dresdendeutschen. Nur die deutschnationale Trauer zählt an diesem Abend, nur die Trauer um die eigene Opferrolle. Wer für diese Trauer voranschreitet, ist in Dresden schon wieder egal.

Der Neo-Nazi-Gedenkauftakt zum 13. Februar 2002 fand bereits am 9. Februar im Dresdner Club ‚Müllerbrunnen' statt. Dort versammelten sich zirka 70 Rechtsextremisten, darunter bekannte Neo-Nazi-Kader. Der Club Müllerbrunnen wird übrigens von der Stadt Dresden finanziell nicht unerheblich unterstützt.

AntifaRechercheTeam Dresden
aus Platzgründen gekürzt ■